

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 37



HORST RICHTER

Jelzin und die Oligarchen

DISKURS · STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 37

Jelzin und die Oligarchen

Die ursprüngliche Akkumulation
des Kapitals in Russland heute

Horst Richter

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
LEIPZIG 2010

ISBN 978-3-89819-354-2

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2010
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
Telefon (0341) 9608531 · Fax (0341) 2125877
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Umschlaggestaltung, Redaktion & Satz: Lutz Höll
Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorbemerkung	5
Systemwandel – der Weg zum Kapitalismus	7
Ursprüngliche Akkumulation und Eigentum	11
Die Privatisierung von Staatseigentum	14
Zwei Etappen der Privatisierung	16
Die Gründung von Privatbanken	18
Auktionen – ein Mittel zur Auflösung von Staatseigentum	19
Oligarchen – Auswuchs der Privatisierung in Russland	21
Theoretiker und Manager der Privatisierung	27
Die »janusköpfige« Doppelmoral	29
Die neoliberale Lehre	31
Die »Schocktherapie«	33
Die neuen russischen Neoliberalen	36
Jelzins Pinochet-Option	38
Wirtschafts- und Währungskrise	41
Die Tage Jelzins sind gezählt	43
Wer war Jelzin?	45
Über den Autor	55

HORST RICHTER

Jelzin und die Oligarchen

Die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals in Russland heute

Vorbemerkungen

Ende 1991 hatte sich die ehemalige Großmacht der Welt, die Sowjetunion, aus der Geschichte verabschiedet. Das Rote Banner mit Hammer und Sichel, das ein Sechstel auf dem Globus bedeckte, war verschwunden.

Im Frühjahr 1985 wurde der Versuch unternommen, den Niedergang des Sowjetsystems zu stoppen. Es war der letzte Versuch.

Michael Gorbatschow war im März 1985 zum Generalsekretär des ZK der KPdSU gewählt worden. Er war zum wichtigsten Mann des Landes aufgestiegen. Bereits einen Monat nach seinem Machtantritt unterbreitete er auf einem Plenum des Zentralkomitees das Konzept seiner neuen Politik. Er verkündete, durch weitgesteckte Reformen die gesellschaftlichen Verhältnisse seines Landes zu verändern, die seit Jahren anhaltende Stagnation zu überwinden und das Leben der Menschen zu verbessern. Der wichtigste Satz in seiner wortreichen Rede war die Formulierung: Beschleunigung (*Yckoperue*) der sozialökonomischen Entwicklung.

Diese Formulierung mündete später in den umfassenderen Begriff *Perestroika* (Umbau, Umgestaltung), durch den *Gorbatschow* weltweit populär wurde.

Nach weniger als sechs Jahren war die Politik der *Perestroika* gescheitert. *Gorbatschow* sah sich gezwungen, seine Ämter, sowohl als Generalsekretär als auch als Präsident der UdSSR, niederzulegen. Das Land stand vor dem Abgrund. Keines der von *Gorbatschow* anvisierten Ziele wurde erreicht; weder auf dem Gebiet der Wirtschaft, noch im Staatsaufbau oder in der Nationalitätenpolitik. Außenpolitisch war er unter den Siegermächten über den 2. Weltkrieg der Verlierer. Er gab dem Druck der NATO auf die Osterweiterung nach und verletzte grundlegende Interessen der Sowjetunion.

Die Masse der Bevölkerung versagte der Perestroika-Politik ihre Unterstützung. Landesweite Streiks lähmten das Land.

Das Glasnost-Prinzip (Wegfall der Zensur, Pressefreiheit, freie Meinungsbildung) bot den Gegnern der Perestroika eine öffentliche Plattform, die Perestroika-Reformen frontal anzugreifen. Innerhalb der KPdSU, die weiterhin ihren Führungsanspruch geltend machte, nahmen die Flügelkämpfe zu.

Der seit langem schwelende Nationalitätenkonflikt brach offen aus. Der Staatenbund zerfiel.

Eine Republik nach der anderen trat aus dem Verband der UdSSR aus. Die Baltischen Republiken machten im Februar 1991 den Anfang, ihnen folgten Moldavien, Georgien und Armenien.

Das Ende der Sowjetunion wurde am 8. Dezember 1991 besiegelt. An diesem Tag trafen sich auf einem Jagdschloss in Belovec (Беловежское пушце), nördlich von Brest-Litowsk, der russische Präsident, *Jelzin*, der weißrussische Parlamentspräsident, *Schuschkewitsch*, und der ukrainische Präsident, *Krawtschuk*, um – ohne Legitimation durch ihre Parlamente und ihr Volk – ihren Austritt aus der UdSSR zu erklären. Dieses Treffen kam einem Staatsstreich gleich. Inszeniert wurde es von dem russischen Präsidenten *Jelzin*.

Sinn und Zweck des Staatsstreichs war, einen für Mitte Dezember festgelegten Termin zu durchkreuzen, an dem ein lange diskutierter Entwurf eines Unionsvertrages durch die Präsidenten der Unionsrepubliken unterzeichnet werden sollte. Der Vertrag sah vor, den Staatenbund der Sowjetunion zu erhalten und die Rechte der einzelnen Republiken auf völlig neue Grundlagen zu stellen.

Der Austritt der drei Sowjetrepubliken erfolgte hinter dem Rücken des Präsidenten der UdSSR. Gorbatschow wurde erst dann informiert, als bereits der US-amerikanische Präsident, *Bush sen.*, in Kenntnis gesetzt worden war.

Gorbatschow rührte keine Hand, um den Zerfall der UdSSR zu verhindern. Formell verurteilte er die Verschwörung von Belovec. Er wollte nicht als »Totengräber« der UdSSR in die Geschichte eingehen. In Wirklichkeit sah er tatenlos zu, wie eine Großmacht von der Weltbühne abtreten ist.

Systemwandel – der Weg zum Kapitalismus

Nach dem Zerfall der Sowjetunion fand in allen ehemaligen Sowjetrepubliken ein radikaler Wandel des gesamten Gesellschaftssystems statt. Es erfolgte ein Wandel hin zum Kapitalismus. Das weltweit dominierende Finanzkapital erweiterte sein Imperium; 250 Millionen Menschen kamen neu hinzu.

Russland war das Kernland der Sowjetunion. Es zählte über 150 Millionen Einwohner. Das Land verfügt über unvorstellbar große Bodenschätze; es ist reich an Kohle, Erzen, Gas, Öl u. a. Es besitzt ein gewaltiges industrielles Potential. Kunst und Kultur, Literatur, Musik, Malerei und Wissenschaft prägen die Geschichte des Landes. Weltweit anerkannte wissenschaftliche Institutionen sind Bestandteil des geistigen Reichtums. Die Menschen des Riesenreichs besitzen eine gediegene Bildung. Landschaftlich reizvolle Gegenden gehören mit zur Charakteristik des Landes.

Zugleich ist Russland voller Widersprüche und Konflikte. Im Vergleich zu den Städten ist die dörfliche Gegend stark zurück geblieben. Die Dorfbevölkerung lebt in Armut, Landwirtschaft und Viehzucht weisen niedrige Erträge und eine geringe Produktivität aus. Trunksucht verursacht hohen Krankenstand und verkürzt die Lebenserwartung. Konflikte zwischen den Ethnien gehören zum Alltag. Bewaffnete Auseinandersetzungen und terroristische Anschläge sind keine Seltenheit.

Das Reich zwischen dem Sachaliner Gouvernement und der Grenze zu Weißrussland begab sich Anfang der 90er Jahre auf den Weg zur Errichtung einer kapitalistischen Ordnung. Es trat in eine Übergansperiode ein, in der ökonomische und gesellschaftliche Verhältnisse grundlegend umgewälzt, ehemals sowjetische Verhältnisse in kapitalistische Verhältnisse transformiert wurden.

Über die Entstehung der kapitalistischen Produktion schreibt *Marx* im »Kapital«, Erster Band: »Die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft ist hervorgegangen aus der ökonomischen Struktur der feudalen Gesellschaft. Die Auflösung dieser hat die Elemente jener freigesetzt.«¹

Eine bemerkenswerte Feststellung. Wie heutige Analysen zeigen, sind Elemente des Kapitals bereits während der Sowjetordnung entstanden,

1 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW. Bd. 25. S. 745.

als an ihre Auflösung noch gar nicht zu denken war. D. h., der Beginn des Zerfalls der Sowjetunion reicht weit in die Zeit vor der Gorbatschowschen Politik der Perestroika zurück. Unter der Oberfläche fand ein schleichernder Prozess des Aufkeimens kapitalistischer Verhältnisse statt.

Elemente des Kapitals waren schon damals: Schattenwirtschaft, Veruntreuung von Staatseigentum, Verfilzung von Wirtschafts-, Partei- und Staatsnomenklatura, Devisenspekulationen, kriminelle Aneignung von Vermögen durch Korruption, Drogenhandel, Prostitution u. a. Diese Elemente erfuhren vor allem in der *Breshnew*-Zeit (1964-1982) eine Belebung. Der damalige Generalsekretär, *Andropow* (1982-1984), sagte diesen Elementen zwar den entschiedenen Kampf an, doch sie waren in der Gesellschaft schon so fest verwurzelt, dass sie diesen Kampf überlebten.

Ein typisches Beispiel dafür ist die *Schattenwirtschaft*. Nach dem Tod *Stalins* (1953) wurden die drakonischen Strafen gegen kriminelle Handlungen in der Wirtschaft (Diebstahl von Staatseigentum) gemildert. Das ermunterte nicht wenige, den chronischen Waren- und Dienstleistungsmangel zum eigenen Vorteil zu nutzen. Auf illegalen Märkten wurden zu Schwarzmarktpreisen defizitäre Gebrauchsgüter und Leistungen angeboten, wodurch hohe Summen an nichterarbeiteten Einkommen entstanden. Die Schattenwirtschaft nahm im Laufe der Jahre gewaltige Dimensionen an. Sie wurde zum Bestandteil der Volkswirtschaft. Selbst offiziell registrierte Betriebe waren nicht selten auf die Schattenwirtschaft angewiesen. Schon 1988 hatte sie einen Jahresumsatz von 70-80 Mrd. Rubel. Nach vorsichtigen Schätzungen betrug ihr Anteil am Bruttoinlandprodukt (BIP) in der Zeit von 1990 bis 2000 fünfzig Prozent. D. h., die Hälfte der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung stammte aus der Schattenwirtschaft. Sie hat während der Gorbatschow-Zeit Tausende Millionäre hervorgebracht.

Schattenwirtschaft ist ungezügelter Kapitalismus, ist ungestümes Wirken der Profitgesetze, ist Betrug und Vorteilmahme auf Kosten anderer. Schattenwirtschaft bedeutet, dass Geld am Fiskus vorbei fließt, dass dem Haushalt eine gewaltige Summe an Einnahmen (Steuern) verloren geht. Zahlungsmittel in der Schattenwirtschaft sind: Schwarzgeld, Devisen und Tauschobjekte (Ware gegen Ware).

In der Endphase der Perestroika wurden schattenwirtschaftliche Transaktionen legalisiert. Vorgänge, die bisher im Dunklen vonstatten gingen, spielten sich nunmehr bei Tageslicht ab. Die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage für Güter und Leistungen des täglichen Bedarfs

vergrößerte sich immer mehr. Die Staatsbetriebe waren nicht in der Lage, diese Kluft zu schließen. Die Staatsführung sah sich gezwungen, Beschlüsse zu fassen, die es erlaubten, »Kooperativen« zu bilden, die auf der Grundlage der »individuellen« Arbeit (Umschreibung für privates Wirtschaften) das Angebotsdefizit schließen sollten. Es sollten nur kleine Betriebe sein, um die lokale Marktlage zu verbessern. Überall im Land entstanden Bäckereien, Reparaturwerkstätten, Druckereien, Restaurants aber auch Finanzgesellschaften und Wechselstuben. Im Jahr 1989 wurden ca. 200.000 Kooperativen gebildet.

Gebäude, Geräte, Maschinen und Material wurden vom Staat für niedrige Preise zur Verfügung gestellt. Kooperativen wurde innerhalb von Staatsfirmen gegründet. Eigentum staatlicher Firmen wurde unter der Hand Privateigentum.

Es entstand ein prosperierender privater Markt, der durch Konkurrenz und Preistreiberei gekennzeichnet war. Er war eine ergiebige Geldquelle, die später den Kapitalstock für den Erwerb von Staatseigentum bildete. Die Regierung unternahm ergebnislos den Versuch, die Auswüchse des Marktes in den Griff zu bekommen.

Die Bevölkerung lehnte sich gegen die Praktiken der Kooperativen auf; sie hatte keinen sozialen Schutz. Aber die Kraft des Marktes war stärker als der soziale Widerstand.

Besonders bevorzugt bei der Bildung von Kooperativen wurde der Jugendverband »Komsomol«. Mitglieder und Gruppen gründeten Cafes, Diskotheken, Bars, Reisebüros u.a. Dienstleistungseinrichtungen. Finanziert wurden sie durch Mittel des »Komsomol« oder durch staatliche Kredite. Die erwirtschafteten Gewinne verblieben in den »Komsomol-Firmen«. Kapitalistische Geschäftspraktiken gehörten zu ihrem Handwerk.

Der Komsomol unterstützte außerdem die Bildung von »wissenschaftlich-technischen Zentren«, die von jungen Forschern und Technikern betrieben wurden. Sie boten Staatsbetrieben ihre Dienste bei der Lösung wissenschaftlich-technischer Probleme an. Von der Staatsbank erhielten die Zentren Bargeld, das wegen des bargeldlosen Geschäftsverkehrs zwischen den Betrieben knapp war und außerdem gegenüber dem »Buchgeld« einen zehnmal höheren Wert besaß. Für die Technologiezentren war das äußerst profitabel. Sie nutzten obendrein ihr Privileg, um bei den Banken anderweitiges Buchgeld gegen Bargeld zu tauschen. Es fand »Geldwäsche« statt: Schwarzgeld wurde in weißes gewaschen.

Komsomolfunktionäre stellten enge Beziehungen zu den Banken her und führten über diese Schwarzgeld in die Geldzirkulation ein. Letztendlich gingen sie selbst dazu über Privatbanken zu gründen.

Ein typisches Beispiel dafür ist der Ölmilliardär *Michael Chodorkowski* (1963 in Moskau geboren, gegenwärtig in Haft). Am Moskauer Chemotechnologischen Zentrum Mendelejew-Institut hat er sein Studium 1986 als Ingenieur-Technologe abgeschlossen. Gesellschaftlich übte er die Funktion des stellvertretenden Komsomol-Sekretär aus. Er gründete das »Zentrum für wissenschaftlich-technisches Schaffen der Jugend« und war in den Jahren 1987-1988 dessen Leiter. Das Zentrum vermittelte Kontakte zwischen einer Reihe von wissenschaftlichen Instituten und dem Rüstungssektor. Außerdem trieb es einen florierenden Handel mit Computern und Alkohol. Der Umgang mit Geld und Finanzen ließen in ihm den Entschluss reifen, eine eigene Bank zu gründen. Es entstand die MENATEP-Bank, dessen Generaldirektor er 1990-1992 war. Das Gründungskapital für die Bank erwarb er, mit Geldspekulation. So nahm er als Komsol-Unternehmer das Recht wahr, für erbrachte Leistungen Buchgeld im Verhältnis 1:10 in Bargeld zu verwandeln. Er spekulierte außerdem mit großen Holzmengen, die er im Fernen Osten billig aufgekauft und mit hohen Gewinnen wieder verkauft hatte. Posten im Aufsichtsrat seiner Privatbank besetzte er mit hohen staatlichen Beamten. Staatsgelder flossen auf seine Privatbank.

In den Jahren 1992-1993 war er stellvertretender Energieministers . Auf diesem Posten bekam er Geschmack am »schwarzen« Gold. Seine Gier galt dem Öl. Er hatte Interesse an der profitablen Ölgesellschaft Jukos. Sie war nach Lukoil der größte russische Ölförderer. Als sie privatisiert wurde, erwarb Chodorkowski auf einer Auktion 78 % Anteile für eine lächerliche Summe von 159 Millionen Dollar. Der eigentliche Wert betrug mehrere Milliarden Dollar. Gewinne der Ölgesellschaft wurden auf ausländische Banken transferiert und privat kontrolliert. Das US-Wirtschaftsmagazin »Forbes« führte ihn 2003 mit einem Privatvermögen von 8 Milliarden Dollar auf Platz 26 der reichsten Männer der Welt.

Bei einem Deal mit dem größten Ölkonzern der Welt, Exxon, der 40% der Jukos-Oil übernehmen sollte, was nach russischer Gesetzgebung untersagt war, wurde *Chodorkowski* von den russischen Sicherheitskräften gefasst und in Verbindung mit Steuerhinterziehung in Höhe von mehreren Milliarden Rubel zu hohen Haftstrafen verurteilt.

In der Schattenwirtschaft gab es neben den Spekulanten und kriminellen Geschäftemachern auch kreative Personen, die neue Produkte und modische Erzeugnisse auf dem Schwarzmarkt anboten. Diese Personen erwiesen sich später als erfolgreiche Unternehmer.

Hier einige Beispiele aktiver unternehmerischer Tätigkeit in der Schattenwirtschaft zu Sowjetzeiten:

Klimin, Anatoly – er produzierte für den Schwarzmarkt T-Shirts und gefälschte Markenartikel. Begabt war er als Designer. 1991 gründete er einen Handelskonzern und machte als Modeschöpfer sich einen Namen.

Melnikow, Wladimir – als klassischer Unternehmer produzierte er Jeans, die auf dem Markt gefragt waren. Wegen Schwarzmarktgeschäften saß er 9 Jahre im Gefängnis. Heute ist er tätig als erfolgreicher Textilindustrieller.

Panikin, Alexander – als ehemaliger Theaterdirektor produzierte er schon in den 80er Jahren Konsumgüter aller Art, vor allem Erzeugnisse für Heimwerker. Später gründete er den Textilkonzern PANINTER, der heute eines der größten Textilunternehmens Russlands ist.

Guschin, Juri – er saß wegen groben Verstößen 23 Jahre in Haft. Zur Last gelegt wurden ihm Waffenhandel, Währungsvergehen, Diebstahl und Betrug. 1991 gründete er eine Privatbank, die Ende der 90er Jahre die Finanzkrise in Russland überstand.

Bryntsalov, Wladimir – wegen unwürdigem Verhalten wurde er 1980 aus der KPdSU ausgeschlossen. 1987 gründete er Kooperativen. Heute zählt er zu den führenden Pharmaproduzenten des Landes.

Smolenski, Alexander – er druckte illegal Bibeln. 1981 wurde er zu 6 Jahren Haft verurteilt. Sein Start zum Oligarchen begann er mit einer kleinen Baubrigade. Heute baut er Häuser für die Eliten Russlands.

Der russische Kapitalismus war somit nicht wie Phönix aus der Asche entstanden, seine Wurzeln (Elemente) reichten vielmehr tief in die Geschichte der Sowjetunion zurück. Schon zu Sowjetzeiten begann der Prozess einer ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, wenn auch in einer besonderen russischen Variante.

Ursprüngliche Akkumulation und Eigentum

Nach *Karl Marx* ist die ursprüngliche Akkumulation nichts anderes als der historische Scheidungsprozess von Produzent und Produktionsmit-

tel. Sie ist die Vorgeschichte des Kapitals und der ihm entsprechenden Produktionsweise.²

Der Hauptinhalt dieses Prozesses ist die Veränderung der *Eigentumsverhältnisse*. Im Unterschied zur von Marx analysierten ursprünglichen Akkumulation ging es im postsowjetischen Russland nicht darum, auf eigener Arbeit beruhendes Eigentum aufzulösen, sondern *Staatseigentum*, vom Volk geschaffenes Eigentum, zu *privatisieren*. Das Staatseigentum wurde als Hauptursache für den desolaten Zustand der Wirtschaft und Gesellschaft angesehen. Damit die Wirtschaft aus der Krise geführt, wiederbelebt wird, sei es erforderlich, Staatseigentum aufzulösen, es zu privatisieren.

Privatisierung war die Zauberformel. Wie früher das Privateigentum, so wurde jetzt das Staatseigentum stigmatisiert. Im Privatisierungsaustausch wurden keinerlei Überlegungen angestellt, statt Staatseigentum zu privatisieren, es zu *reformieren*, es in die Hände jener zu legen, die es geschaffen haben.

Eigentum ist das Recht auf Aneignung, ist das Recht auf Aneignung des Ertrags, der auf der Grundlage der jeweiligen Eigentumsform geschaffen worden ist. Die Form des Eigentums bestimmt darüber, wer sich den wirtschaftlichen Ertrag aneignet, wem vor allem der Mehrertrag, der Gewinn, zufließt. Ist es der Produzent als Eigentümer (Miteigentümer) oder der von der Produktion getrennte Eigentümer (Aktienbesitzer), ist es das Volk oder der private Kapitalist?

Das Staatseigentum war nicht schlechthin Ursache für den Krisenzustand der Wirtschaft. Es war vielmehr seine falsche Realisierung, seine, ohne demokratische Kontrolle, zentralistische Handhabung, seine ungenügende Verbindung von Eigentum und Arbeit, die ungenügende Teilhabe des Produzenten an der Aneignung. Das Staatseigentum war monopolisiert. Es war Monopoleigentum. Damit wohnten dieser Eigentumsform jene negativen Eigenschaften inne, die jedes Monopol hat.

Monopolisiertes Eigentum ist in der Wirtschaft eine Fessel. Es hemmt die Entwicklung der Produktivkräfte. Im monopolisierten Eigentum fehlen die für den Fortschritt in Wissenschaft und Gesellschaft erforderlichen Anreiz – und Stimulierungssysteme. Es fehlt die Motivation für den Menschen als Hauptproduktivkraft. Teilnahmslosigkeit und Desinteresse sind die Folgen. Allein politische und moralische Appelle sind kein Er-

2 Vgl.: Ebenda. S. 742.

satz für die nicht vorhandenen inneren Triebkräfte im monopolisierten Eigentum.

Staatseigentum ist nicht gleich Monopoleigentum. Es ist ebenso konzediert, wie andere Eigentumsformen, z. B. das Privateigentum, das Genossenschaftseigentum, das Kommunaleigentum u. a. Damit Staatseigentum nicht zu monopolisiertem Eigentum wird, müssen andere Eigentumsformenvorhanden sein, nicht alle Eigentumsobjekte gehören in staatliche Hand. Dabei wird die Eigentumsform vom Grad der *Vergesellschaftung*, vom jeweiligen Stand der Produktivkräfte bestimmt. Kleinproduktion, auf eigener Arbeit beruhender Produktion, erfordert eine andere Eigentumsform als Massenproduktion, die auf maschineller Grundlage stattfindet.

Das Privateigentum kann sich dem objektiven Prozess der Vergesellschaftung nicht entziehen. Privatkapital wird mehr und mehr Gesellschaftskapital. Einzelunternehmen sind nicht mehr in der Lage, die gewaltigen Mittel aufzubringen, die für Investitionen zur Ausdehnung der Produktion erforderlich sind. Aktiengesellschaften bringen diese Mittel auf. Mit ihrer Bildung entsteht Kapital »direkt assoziierter Individuen«, und Unternehmen treten nicht mehr als Privatunternehmen auf, sondern als Gesellschaftsunternehmung.

»Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.«³

Staatliche Unternehmen müssen sich ebenso der Konkurrenz, dem Wettbewerb stellen, wie Unternehmen anderer Eigentumsformen. Sie müssen sich am Markt orientieren und rentabel wirtschaften. Solange die *Warenform* im Wirtschaftsverkehr die allgemeine Form der Beziehungen zwischen den Unternehmen ist, sind die Marktgesetze auch für die Unternehmen im staatlichen Sektor relevant. Durch Eingriffe des Staates können allerdings die Marktgesetze gezügelt werden. Staatliches Eigentum ermöglicht, Wirtschaftsbeziehungen zu regulieren.

Dass Staatseigentum eine Eigentumsform ist, die für den Staat und das Volk von Nutzen ist, zeigt die Verstaatlichung von Industriezweigen (Erdöl – und Gasfelder, Bergwerken, Banken u. a.) in Ländern Lateinamerikas.⁴

3 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW. Bd. 25. S. 452.

4 Am 21. Januar 2006 wurde in Bolivien Evo Morales, der erste indianische Präsident Südamerikas, in sein Amt eingeführt. In seiner Antrittsrede erklärte er: »Die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen (ist) keine Lösung für die Armen der ganzen Welt ... Wir haben die Verpflichtung, die Wirtschaftsprobleme zu lösen, die durch die Privati-

Die Privatisierung von Staatseigentum

Die Privatisierung des Staatseigentums begann in Russland Anfang der 90er Jahre. Auf die Privatisierung wurde Druck von innen und außen ausgeübt.

Im Inneren des Landes standen die Staatsnomenklatura, die Spekulanten u.a. schon Gewehr bei Fuß, um Staatseigentum zu erwerben. Eliten des Staates wollten vom Kuchen des Staates ein großes Stück abbekommen. Ihre Gier war unersättlich. Sie langten dann bei der Aufteilung auch kräftig zu. Selbst Präsident *Jelzin* sowie seine Familie nahmen sich dabei nicht aus.

Als die Sowjetunion als Staat auseinanderbrach, rief *Jelzin* den Präsidenten der ehemaligen Sowjetrepubliken zu: Nehmt euch soviel Souveränität wie ihr verkraften könnt. Das war auch das Leitmotiv für die Privatisierung.

Von Außen wurde Druck mit der Vergabe von Krediten ausgeübt. Es bewahrheitete sich die Feststellung von Marx, dass die öffentliche Schuld einer der energischsten Hebel der ursprünglichen Akkumulation ist. Das internationale Finanzkapital war nur dann bereit, Geld zu geben, wenn die Privatisierung vorangetrieben wurde.

Die Entstaatlichung der Eigentumsverhältnisse wurde bereits unter der Präsidentschaft von *Gorbatschow* beschlossen. In einer persönlichen Botschaft an die Regierungshäupter der Teilnehmer des Treffens der »Sieben« in London vom 11. Juli 1991 teilte *Gorbatschow* mit: »Beim Übergang zur Marktwirtschaft sehen wir die Entstaatlichung und Privatisierung des Eigentums sowie die Entmonopolisierung der Wirtschaft als entscheidende Bedingung an.«

In dieser Botschaft ist von einer »kleinen« und »großen« Privatisierung die Rede.

sierung und Versteigerung unserer natürlichen Ressourcen hergerufen wurden.« Um die energiewirtschaftliche Souveränität Boliviens wieder herzustellen - Bolivien besitzt die bedeutendsten Gasvorkommen ganz Lateinamerikas und Ölvorkommen, die denen von Venezuela nicht nachstehen - legte Morales durch eine Regierungsverordnung fest, dass fortan alle Öl- und Gasfelder zu verstaatlichen sind. Ein Jahr später feierten die Bolivianer den 1. Mai mit Losungen, die lauteten: »Verstaatlichung heißt gut leben«,« Die Verstaatlichung - wir wollen sie alle«. Siehe: Jean Ziegler: Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren. München 2008. S. 195, 237.

Die »kleine« Privatisierung betraf in der Hauptsache staatliche Geschäfte, Restaurants, Dienstleistungseinrichtung, kleine Unternehmen und Produktionsstätten, während es bei der »großen« Privatisierung um die Umwandlung von großen Konzernen ging.⁵

Nachdem für die Privatisierung grünes Licht gegeben war, brach in Russland eine Privatisierungseuphorie aus. In einer großangelegten Kampagne wurden Betriebe, Hütten, Bergwerke, Gas- und Ölfelder, Sanatorien, Kulturpaläste, Hotels, Warenhäuser u.a. Staatsbesitz privatisiert. Velerorts erfolgte sie mit kriminellen Mitteln und Methoden. Der Feldzug gegen das Staatseigentum erinnert in vielerlei Hinsicht an die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals, die Marx im »Kapital« eindrucksvoll beschreibt: »Die Expropriation ... wird mit schonungslosem Vandalismus und unter dem Trieb der einfachsten, schmutzigsten, kleinsten gehässigsten Leidenschaften vollbracht.«⁶

Der neue Kapitalismus in Russland wurde mit Raub und Diebstahl aus der Taufe gehoben. Selbst die ehemalige Außenministerin *Condoleezza Rice* bezeichnete in einem Interview mit der Zeitschrift »Der Spiegel« die Privatisierung unter Jelzin »wild« und für die Russen »chaotisch und demütigend«.⁷

Im Wort Privatisierung steckt das lateinische »private«, berauben.⁸ Der Staat wurde beraubt. Im Lande herrschten Gesetzlosigkeit und Willkür. Das Staatsoberhaupt, Jelzin, ließ sich sogar mit vom Parlament gebilligten Sondervollmachten ausstatten, um gegen geltendes Recht die Privatisierung des Staatseigentums durchzusetzen. Er gab vor, mit diesen Vollmachten durch Privatisierung das Land aus der Krise zu führen. Er versprach dem Volk, innerhalb von sechs Monaten Wohlstand zu schaffen.

Jeder Eigentumswechsel erfolgt in der Regel durch Kauf und Verkauf, abgesehen von Schenkungen, Erbschaften u. a. Beim Kauf entrichtet der Käufer an den Verkäufer ein Entgelt, dessen Höhe durch den Preis bestimmt wird. Die Preishöhe wiederum ist von mehreren Faktoren ab-

5 Vgl.: Im Politbüro des ZK der KPdSU. Nach den Aufzeichnungen von Anatoly Tschernajew, Wadim Medwedjew und Georgi Schachnasarow. Moskau 2006. S. 590 (russ.).

6 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. S. 790.

7 »Der Spiegel« Nr. 39 vom 27.09.2010. S. 55.

8 Vgl.: Ralph Hartmann: Die Liquidatoren. Berlin 1996. S. 98. In dieser Publikation wird detailliert die Privatisierung des Volkseigentums der DDR untersucht.

hängig; Dem Wert, Angebot und Nachfrage, Ort, Zeit u. a. Der Preis wird letztlich durch den Markt bestimmt.

Die Privatisierung des staatlichen Eigentums erfolgte jedoch nach ganz anderen Regeln. Ein polnischer Abgeordneter schilderte den Erwerb von staatlichem Eigentum wie folgt: »Das ist nach unseren östlichen Bedingungen der Verkauf von herrenlosem Vermögen mit unbekanntem Wert an Leute, die kein Geld besitzen.«⁹

Diese Schilderung trifft im Prinzip auch auf Russland zu. Laut Plan war vorgesehen, von Dezember 1991 bis Ende 1992, d. h. in einem Jahr, über 20% und bis 1994 die Hälfte des industriellen Staatsvermögens zu privatisieren. Der Plan wurde eingehalten. Mitte 1993 stammte tatsächlich ein Viertel der industriellen Produktion aus dem Privatsektor. Die Entstaatlichung des Eigentums erfolgte im hohen Tempo.

Zwei Etappen der Privatisierung

Die Privatisierung fand mit Hilfe allerlei Tricks und unlauteren Methoden statt. Selbst kriminelle Handlungen waren im Spiel. Der gesetzkonforme Zustand in der Gesellschaft bildete dafür einen günstigen Boden. Erst Präsident *Putin* erließ Anfang des Jahres 2000 Gesetze, die es erlaubten, kriminelle Privatisierungen strafrechtlich zu verfolgen. Doch was in den 90er Jahren geschehen war, war geschehen.

Im Privatisierungsverlauf lassen sich zwei Etappen feststellen.

In der *ersten Etappe* wurde Staatseigentum durch Anteilscheine – Voucher – privatisiert. Bereits in der Endphase der Perestroika-Politik, im Juli 1990, hat der Ministerrat der UdSSR eine Rechtsordnung über Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) erlassen, mit der die Privatisierung rechtlich untermauert wurde. Es war somit rechtens, Staatseigentum in Aktionärsvermögen oder Eigentum von Gesellschaftern, d. h. in Privateigentum umzuwandeln.

Die Voucher sollten eine Art Volksaktie sein. Jeder Bürger der russischen Föderation - vom Kind bis zum Greis – bekam ab Oktober 1992 gegen eine geringe Gebühr einen Eigentumsgutschein im Nominalwert von 10.000 Rubel (30 Euro). »Staatseigentum wurde unter das Volk verteilt«. In Wirklichkeit war das eine Farce. Bedingt durch die Notlage – die Frei-

9 Gabriele Krone-Schmalz: Was passiert in Russland. München 2007. S. 43.

gabe der Preise im Herbst 1991 entwertete das Geld – war die Mehrheit der Bevölkerung gezwungen, die Anteilscheine zu verkaufen. Aufgekauft wurden die Anteilscheine von neu gegründeten Investmentgesellschaften, bzw. sie wurden auf dem »schwarzen« Markt gehandelt. Die neuen Besitzer der Anteilscheine lösten sie gegen Aktien der Unternehmen ein und wurden auf diese Weise Miteigentümer von Aktiengesellschaften.

Für Betriebe, die weiter produzierten, war das alte Führungspersonal unverzichtbar. Ihre alten Leiter wurden als »Rote« Direktoren bezeichnet. Nicht wenige von ihnen wandten sich gegen die Auflösung des Staatseigentums. Um ihren Widerstand zu brechen, erhielten sie das Recht, im Prozess der Umwandlung des Staatseigentums in Privatgesellschaften 51% der Anteile zu erwerben. Das Geld, das sie für den Erwerb benötigten, war Firmengeld, d.h. mit Staatsgeld wurden private Anteilscheine finanziert.

Die alte Wirtschaftselite war der Gewinner der ersten Etappe der Privatisierung. Sie mutierte zur Klasse der neuen russischen Bourgeoisie. Die Masse der Bevölkerung blieb trotz Voucher, trotz Anteilscheine eigentumslos. Sie wurde im großen Stil enteignet.

Der österreichische Autor, *Hans Kalt*, traf die Feststellung: »Es hat in der Wirtschaftsgeschichte noch keine Enteignungsaktion gegen so Viele, von solchem Umfang und so eindeutig zugunsten einer offenkundig kriminellen Minderheit gegeben.¹⁰«

Die *zweite Etappe* der Privatisierung war die Hauptetappe. In ihr fand die eigentliche »ursprüngliche Akkumulation« statt. In dieser Etappe ging es um die Inbesitznahme der Filetstücke des Staatseigentums. Es war die Etappe der »großen« Privatisierung. Sie begann Ende 1994, wobei der Rahmen schon 1992/93 geschaffen wurde. In diese Etappe fällt auch die Wahl des russischen Präsidenten.

Jelzins Wiederwahl zum Präsidenten war gefährdet. Die Stimmung im Land war gegen ihn gerichtet. Die bereits entstandenen Oligarchen bangten um ihren Besitz.

Jelzin benötigte die Oligarchen für seine Wiederwahl ebenso, wie die Oligarchen *Jelzin*, die bei dessen Abwahl den Verlust um ihres Besitzes fürchteten. *Jelzin* gewann die Wahl. Als neugewählter Präsident löste er sein Versprechen ein, für die Oligarchen das Tor weit zu öffnen, damit sie

10 Hans Kalt: In *Stalins langem Schatten. Zur Geschichte der Sowjetunion und zum Scheitern des sowjetischen Modells*. Köln 2010. S. 227.

die lukrativsten Zweige der Wirtschaft in ihren Besitz nehmen können. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre nahmen sie diese in ihren Besitz und machten den Staat um Milliardenbeträge ärmer.

Die Gründung von Privatbanken

In die Privatisierungskampagne fällt auch die Gründung von Privatbanken.

Eine Volkswirtschaft funktioniert nicht ohne Banken. Vor allem in einer marktwirtschaftlichen Ordnung nehmen die Banken einen zentralen Platz ein. Sie sind eine Art Knoten im Geflecht zwischen Unternehmen, Wirtschaft und Staat. Die Banken versorgen die Wirtschaft mit Zahlungsmitteln, kreditieren die Unternehmen, bieten Sparmöglichkeiten für die Bevölkerung und betreiben diverse Geldgeschäfte. Sie sind zugleich ein geeignetes Medium für Spekulation mit Geld und Finanzen. Auf Grund nicht kontrollierbarer Finanztransaktionen (Hedgefonds) sind sie besonders krisenanfällig. Bereits in der Frühphase der Privatisierung wurde in Russland eine Vielzahl privater Banken gegründet. Zweitausend Banken sollen in kurzer Zeit entstanden sein. Sie wickelten einen Großteil der Geld- und Finanzgeschäfte ab.

Die Gründung der Privatbanken erfolgte mit Rückendeckung der Regierung und hohen Staatsbeamten. Ehemalige Wirtschaftsfunktionäre, Manager von Unternehmen, Staatsbeamte, Kriminelle und Spekulanten nutzten die Gunst der Stunde und hoben Privatbanken aus der Taufe. Mitunter genügte ein Raum im Keller, ein Computer und eine Sekretärin, um eine Bank zu gründen. Selbst ein Einstiegskapital war nicht erforderlich.

Der Geld- und Finanzverkehr floss nicht mehr über staatliche Banken, sondern über Privatbanken.

Mit Gründung der Privatbanken begannen auch im Bankensektor und im Finanzsystem die Marktgesetze zu wirken. Profit und Konkurrenz beherrschen den Geld- und Kreditmarkt, Industriekonzerne, die noch nicht privatisiert waren, erhielten das Recht, ihre Privatbank auszuwählen. Die Privatbanken waren ihrerseits bemüht, durch lukrative Angebote die Industriefirmen, samt ihrer Depositen, anzulocken.

Kennzeichnend für die Privatbanken waren nicht die Kreditgeschäfte – die Banken vergaben kaum Kredite an Privatpersonen oder Industrie-

firmen – sondern sie investierten in profitable Bereiche, bzw. sie betrieben Währungsspekulationen. Geldwäsche gehört mit zu ihrem Geschäft. Die Banker gehören heute mit zur russischen »Elite«.

Da das Defizit im russischen Staatshaushalt immer größer wurde, der Staat seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen konnte, waren Privatbanken bereit, ihm dringend benötigte Kredite zu gewähren. Die Kreditvergabe war aber an eine Bedingung geknüpft: »Aktien für Kredit«. Diese Bedingung bedeutete faktisch: Erpressung des Staates durch Privatbanken.

Der Sache nach ging es bei der Forderung »Aktien für Kredit« um folgendes: Nach einem Plan von dem Banker und Oligarchen *Wladimir Potanin*, den er Ende März 1995 der Kremführung vorlegte, war ein Bankenconsortium bereit, dem Staat einen Kredit in Höhe von 1,8 Mrd. Dollar anzubieten. Die Absicherung sollte aber durch Anteile an Staatskonzernen erfolgen. Die Laufzeit der Kredite betrug ein Jahr. War der Staat nicht der Lage, die Anteile in dieser Zeit zurückzukaufen, verbleiben die Anteile endgültig bei den Banken. Die Verschuldung des Staates war so groß, dass der Rückkauf nicht möglich war. Die Anteile blieben in den Händen der Banker. Auf diese Weise wurden sie Anteilseigner am Staatsvermögen.

Auktionen – ein Mittel zur Auflösung von Staatseigentum

Staatseigentum wurde im großen Stil durch Auktionen privatisiert. Eine entscheidende Rolle spielten dabei die Banken.

Auktionen sind öffentliche Veranstaltungen, auf denen Bieterverfahren diverse Gegenstände (Häuser, Maschinen, Geräte, Kunstgegenstände, Briefmarken u. a.) verkauft werden. Vor dem Bieten des zu verkaufenden Gegenstands wird ein Mindestpreis festgelegt. Der Meistbietende erwirbt den zu versteigernden Gegenstand.

Die Auktionen zur Veräußerung von Staatsvermögen, bei denen es vorwiegend um die Veräußerung lukrativer Wirtschaftszweige und Betriebe ging, fanden jedoch nach einem anderen Muster statt. Sie waren manipuliert und skandalös. Der Teilnehmerkreis war ausgesucht. Er wurde von hohen Staatsbeamten und der »Jelzin-Family« bestimmt. Es waren vorwiegend Banker, die an den Auktionen teilnahmen. Ausländern wurde grundsätzlich die Teilnahme verweigert. Es galt ihnen gegenüber das

Prinzip: »Erst wir, dann ihr.« Da man unter sich war, wurde der Bieterpreis äußerst niedrig festgelegt. Die der »Jelzin-Family« nahestehenden Oligarchen erhielten zu Spottpreisen die Filetstücke und lukrativsten Unternehmen des Landes. In einem Gespräch äußerte sich *Jeugeni Primakow* – er war von 1998 bis 1999 Ministerpräsident Russlands – über die Auktionen gegenüber Peter Scholl-Latour, dass bei der Privatisierung der russischen Rohstoff – Reichtümer die Lobby der »Pseudoliberalen« jene skrupellose Geschäftemacher bevorzugte, denen der Zuschlag staatlicher Konzessionen automatisch zufiel. Unter dem Vorwand, die klaffenden Budgetslöcher eher möglichst schnell zu stoppen, wurde der Staatsbesitz zu Spottpreisen verschleudert.¹¹

Es wird eingeschätzt, dass der Preis für das zu ersteigernde Vermögen ein Fünftel (20 Prozent!) des tatsächlich ökonomischen Werts entsprach. Meistens lag der Kaufpreis nur knapp über dem niedrig angesetzten Angebotsmindestpreis. Die Staatsverwalter, die die Auktionen durchführten, ließ das unberührt, sie waren ja nur die Verwalter und nicht die Eigentümer des zu versteigernden Staatsvermögens. Oft wurden sie korrumpiert, um das Mindestangebot so niedrig wie möglich zu halten.

Durch die Auktionen wurde der Staat um Milliarden betrogen. Der Erfinder des Plans »Aktien für Kredit«, *Potandin*, in der Zwischenzeit zum Stellvertreter des Ministers aufgerückt, war einer der großen Gewinner der Auktionen. Wichtige Objekte des Staatsbesitzes gelangten in seine Hände. Bei der Privatisierung des weltgrößten Metallproduzenten »Norilsk Nickel« konnte er sich einen Anteil von 38% für nur 171 Millionen Dollar sichern. Dieser Preis lag nur 100.000 Dollar über dem Mindestpreis des Auktionators. Ein Konkurrent war bereit, den doppelten Preis zu zahlen, die Potandin-Bank, die mit der Auktion beauftragt war, erkannte aus juristischen Spitzfindigkeiten das höhere Angebot nicht an.

»Norilsk Nickel« ist der größte Platin und Palladiumproduzent der Welt. Er kontrolliert 20% des Weltmarktes für Nickel. Die Profite des Konzerns erreichten pro Jahr 1,5 Milliarden Dollar.

Die Asymetrie zwischen bezahltem Preis und dem tatsächlichen Wert der ersteigerten Objekte zeigen auch folgende Beispiele: Die Anteile von 51% des Ölriesen »Sidanka« kosteten nur 150 Millionen Dollar; zwei Jahre später war dieser Unternehmensanteil auf dem internationalen Markt 2,8 Milliarden Dollar wert. Eine große Waffenfabrik wurde für 3 Millionen

11 Peter Scholl-Latour: *Russland im Zangengriff*. Berlin 2007. S. 177.

Dollar verkauft, so viel kostet ein Ferienhaus im US-amerikanischen Aspen.

Die Verschleuderung des Staatsvermögens zu einem Bruchteil seines eigentlichen Werts ist nur die eine Seite. Die andere besteht darin, dass das Geld dafür aus öffentlichen Mitteln stammt. Mit dem Geld des Volkes eigneten sich die Banker das Staatsvermögen an.

Mit der Privatisierung von Staatsvermögen war das Fundament gelegt für eine neue Wirtschaftsordnung in Russland. Vollkommen neue Eigentumsverhältnisse waren entstanden. Die russische Variante der ursprünglichen Akkumulation hat sie hervorgebracht. Am Horizont leuchtete die Morgenröte des anbrechenden Kapitalismus.

Oligarchen – Auswuchs der Privatisierung in Russland

Als Sowjetrepublik hatte Russland im Vergleich zu den Ländern des Westens einen niedrigen Lebensstandard. Gegenüber den anderen Sowjetrepubliken hatte sie jedoch das höchste Niveau. Das Lebensniveau der Menschen in der Sowjetunion wurde im Wesentlichen durch zwei Faktoren bestimmt. Die Einkommen der Beschäftigten (Lohn und Gehalt) und die unentgeltlichen Sozialleistungen des Staates (kostenlose Bildung und medizinischer Versorgung, niedrige Mieten und Tarife für Energie, Gas und Wasser, Subventionierung der Preise u. a.) . Hauptfaktor war das Einkommen. Je nach Ausübung des Berufes war es zwar differenziert, doch die Einkommensunterschiede waren gering. Unterbezahlt waren Berufe mit hohem Bildungsanspruch (Ärzte, ingenieurtechnisches Personal, Lehrer, Dozenten, Professoren u. a.). Im Land gab es weder ganz Reiche, noch ganz Arme. Niemand musste im Elendsviertel vegetieren.

Was sind Oligarchen und wo kamen sie in Russland her?

Das Wort Oligarch ist aus dem griechischen Wort Oligarchie abgeleitet. Oligoi bedeutet wenige und archein herrschen. Oligarchie ist die Herrschaft von Wenigen. Oligarchen entstehen unter nicht normalen Bedingungen, unter Bedingungen, die durch Missstände gekennzeichnet sind. Ein Nährboden ist ein gesetzloser Zustand.¹²

¹² Vgl. Konrad Fuchs / Heribert Raab: Kompaktwissen Geschichte von A bis Z. Augsburg 2010. S. 568

Die Macht der Oligarchen beruht auf Besitz, auf Reichtum. Charakteristisch für Oligarchen ist ihre Gier nach Vermögen. Rücksichtslos stellen sie ihre Interessen über die der Gemeinschaft.

Mit dem Übergang zur marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung in Russland waren alle Voraussetzungen vorhanden, dass Oligarchen entstehen konnten.

Ökonomisch und politisch gesehen, sind Oligarchen eine überflüssige Menschengruppe. Sie haben keinerlei Aufgabe für die Gesellschaft. Wirtschaft und Gesellschaft funktionieren ohne sie. Sie partizipieren vielmehr ohne Gegenleistung von der Gesellschaft. Sie sind parasitär. Ihr Reichtum beruht nicht auf Eigenleistung, sondern er ist kriminellen Ursprungs.

Das Antlitz Russlands wird heute mit von den Oligarchen bestimmt. Auf der Liste der reichsten Menschen der Welt standen 2003 siebzehn Russen. Bereits in der Endphase der Gorbatschowära begann ihr Aufstieg. Sie kamen aus den unterschiedlichsten Kanälen: Aus der Schattenwirtschaft, aus der kriminellen Szene, aus dem Drogenhandel, aus den Geschäften mit der Prostitution und aus Kreisen der Staatselite.

Unter *Jelzins* Präsidentschaft nahmen sie einen festen Platz in Wirtschaft und Gesellschaft ein. Sie unterhielten enge Beziehungen zur russischen Regierung und übten maßgeblichen Einfluss auf deren Politik aus. An der kriminellen Privatisierung hatten sie großen Anteil. Durch ihre enorme finanzielle Unterstützung stabilisierten sie den schwankenden Thron des russischen Präsidenten *Jelzin*.

An den folgenden Namen von Personen soll gezeigt werden, aus welchen unterschiedlichen Schichten Oligarchen hervorgegangen sind.

Bezeichnend für den Aufstieg eines Mitglieds aus der Nomenklatura zum Oligarchen ist das Beispiel von *Viktor Tschernomyrdin*.

Tschernomyrdin war viele Jahre Abteilungsleiter für Wirtschaft im Zentralkomitee der KPdSU. *Gorbatschow* ernannte ihn 1985 zum Minister für Gasindustrie. Er wechselte von heute auf morgen seine Gesinnung. Zu Sowjetzeiten war er eifriger Verfechter der Planwirtschaft, nach deren Niedergang ist er eifrig dabei, die Marktwirtschaft zu lobpreisen. Als Ministerpräsident Russlands – das Amt übte er von Dezember 1992 bis 1998 aus – legte er nicht nur seine schützende Hand über die kriminelle Privatisierung, sondern er unterstützte sie mit den Mitteln der Macht der Regierung. Bevor er das Amt des Ministerpräsidenten antrat, wurde das von ihm geleitete Gasministerium in ein Staatsunternehmen (Gasprom) umgewandelt, dessen Leiter und späteren Aufsichtsratsvorsitzender er

war. In dieser Position erwarb er ein Vermögen von über 3 Mrd. Dollar, das er auf Schweizer Banken anlegte.

Ein ganz anderer Fall des Aufstiegs zum Oligarchen ist das Beispiel von *Wladimir Gussinski*. Er wird nach *Boris Beresowski* als Russlands Oligarch Nr. 2 bezeichnet.

Gussinski gehörte nicht der Nomenklatura an. Er war Mathematikprofessor und entstammt einer jüdischen Familie. Sein Großvater war ein reicher russischer Industrieller, der unter Stalins Herrschaft umgebracht wurde. Seine Großmutter verbrachte 10 Jahre Haft in einem Straflager. Zur Sowjetmacht hatte er ein distanziertes und kritisches Verhältnis. Während der Sowjetzeit sicherte er sich seine Existenz durch verschiedenartige Tätigkeiten: Er organisierte Theateraufführungen, veranstaltete Konzerte in Sibirien und schrieb selbst Texte für das Theater. Einen Namen machte er sich in der Öffentlichkeit, als er 1986 die Good Games für einen US-Milliardär in Moskau organisierte.

In der Endphase der Perestroika verdiente er ein Vermögen als Leiter einer von ihm gegründeten Kooperative. Er stellte Kupferarmbänder her, die ihm pro Stück 3 Kopeken kosteten, diese aber für 5 Rubel verkaufte.

Zum Oligarchen stieg er mit der Gründung seiner Most-Bank auf. Diese Bank finanzierte vorwiegend Handels- und Baugeschäfte. Außerdem wurden über sie, begünstigt durch den ehemaligen Bürgermeister von Moskau, *Juri Luschkow*, die Finanztransaktionen der Stadt Moskau abgewickelt. Währungsspekulationen brachte die Most-Bank in der Zeit der Finanzkrise 1998 in Turbulenzen und musste unter Staatsaufsicht gestellt werden. Nach dem Verkauf der Most-Bank an die Außenhandelsbank ging sie schließlich im Juni 2001 endgültig in Konkurs. *Gussinski* zog sich aus dem Bankgeschäft zurück.

Parallel zu seiner Tätigkeit als Banker entdeckte er die Medienbranche. Schon 1993 gründete er eine Zeitung. Mit Hilfe Luschkows gelang es ihm, die Kontrolle über die Fernsehgesellschaft Kanal 4 zu erhalten. Als 1996 die Wiederwahl Jelzins zum Präsidenten Russlands gefährdet war, setzte *Gussinski* die von ihm beherrschten Medien für eine Kampagne ein, die *Jelzin* zu dessen Wiederwahl verhalf. Als Lohn für den Wahlkampf erhielt *Gussinski* die Lizenz für das erste landesweit zu empfangende private TV-Netzwerk (NIV); *Gussinski* gelang es, zum Medienmogul aufzusteigen. Sein Medienimperium Media Most wurde durch großzügige Kredite des Staates und des staatlichen Gasprom-Konzerns unterstützt.

Gussinski sah die Medien zwar in erster Linie als profitablen Geschäftsbereich für sich, zugleich gab er sich als Protagonist für die freie Meinungsbildung der Medien aus. In Wirklichkeit war er weit davon entfernt. Je nach Stimmungslage wechselte er seine Position. Einerseits gehörte er zu den einflussreichsten Personen der »Jelzin-Family«, andererseits äußerte er sich kritisch über deren Machenschaften: Er beschwerte sich bei *Jelzin* auch darüber, dass er bei der Privatisierung von Staatsvermögen leer ausgegangen sei.

Gemeinsam mit dem Oligarchen *Beresowski* zettelte er eine Medienkampagne gegen die Privatisierer *Tschubai* und *Koch* an, die als »Krieg der Oligarchen« bekannt wurde. Die Vorwürfe waren so erdrückend, dass die Privatisierer *Tschubai* und *Koch* schließlich von ihren Posten zurücktreten mussten.

Die Verschärfung der Zwietracht zwischen *Gussinski* und der Jelzin-Family führte letztendlich dazu, dass der Kreml der Media-Most keine Kredite mehr gewährte, was zur Folge hatte, dass Media-Most seine Schulden nicht bezahlen konnte.

Hauptgläubiger für Media-Most war der staatliche Gaskonzern Gasprom. *Gussinski* war gegenüber diesem Konzern mit 211 Millionen Dollar verschuldet. Wegen Zahlungsunfähigkeit wurde er mehrere Tage in Untersuchungshaft genommen. Seine Freilassung erfolgte unter der Bedingung, dass er einem Vertrag zustimme, seine Media-Most-Aktien an Gasprom zu verkaufen.

Nach seiner Freilassung flüchtete *Gussinski* ins Exil. Sein jetziger Aufenthalt ist Israel. Auch hier ist er im großen Stil in der Medienbranche tätig. Er beeinflusst vor allem russische (jüdische) Emigranten auf der ganzen Welt, speziell in Israel und in den USA.

Gussinski war jahrelang Vorsitzender der jüdischen Gemeinden in Russland sowie der stellvertretende Vorsitzende der jüdischen Weltorganisation. Die Einreise nach Russland würde zu seiner Verhaftung führen.

Einen unglaublichen Aufstieg zum Oligarchen gab es für *Roman Abramowitsch*. Er gehört zu den schillerndsten Figuren der superreichen Russen.

Abramowitsch wurde 1966 in Westsibirien geboren und wuchs in einem Waisenhaus auf. Die Schule hatte er abgebrochen; einen Beruf hat er nicht erlernt. Auf der Leiter zu Reichtum erklimmte er die höchste Stufe. Raffinesse und Gier gaben ihm den erforderlichen Schub.

Die Startbasis für sein heutiges Milliardenvermögen sollen 5000 Tonnen Heizöl gewesen sein, die er sich mit gefälschten Dokumenten angeeignet hat. Zu Spottpreisen erwarb er große Anteile am mächtigen sibirischen Ölkonzern Sibneft, dessen Kontrolle er Ende der neunziger Jahre ausübte.

Abramowitsch gelang es, ein riesiges Netzwerk aufzubauen, das sich auf eine Vielzahl von großen Unternehmen und Branchen erstreckt. In den verschiedensten Zweigen und Wirtschaftsbereichen hat er seine Hände im Spiel: Im Öl-, Gas- und Metallhandel, in Goldminen, in der Zementindustrie, im Automobilbau, in der Papierbranche u.a.; selbst bei Versicherungen mischt er mit. Protegiert von dem Oligarchen Nr. 1, *Beresowski*, gelangte er in den Freundeskreis der »Jelzin-Family«. Er war Finanzier dieser Gruppe.

Durch einen zweistelligen Millionenbetrag ließ er sich Ende der neunziger Jahre in der diamantreichen ostsibirischen Provinz Tschukotka zum Gouverneur wählen. Um sich vor Verfolgung durch die Rechtsorgane zu schützen, errang er einen Parlamentssitz in der Duma (Abgeordnetenhaus der Russischen Föderation). Obwohl sich *Abramowitsch* aus dem politischen Leben zurückgezogen hat, pflegt er bis heute Beziehungen zur russischen Regierung, speziell zum Ministerpräsidenten Putin.

Abramowitsch verfügt heute über ein unvorstellbares Vermögen. Sein Wohnsitz befindet sich in England. Er besitzt Prachtvillen in West Sussex. Am Londoner Eaton square erwarb er für 46 Millionen Dollar ein Anwesen aus dem Besitz des Duke of Westminster. In St. Tropez genießt er in einem Prachtbau die wunderschöne Natur. Eine Yacht für 90 Millionen Dollar und eine Boeing 767 für 100 Millionen Dollar gehören zu seinem Besitz.

Fußball ist sein Hobby. 400 Millionen Dollar investierte er in diesen Sport. Er kaufte den englischen Fußballclub Chelsea. Dem Moskau Spitzencub im Fußball ließ er 40 Millionen Dollar zukommen.

Eine besondere Gruppe unter den Superreichen sind die *Schutzgelderpresser*. Nach offiziellen Angaben gab es bis Mitte der 90er Jahre etwa 3 Millionen Menschen, die in 5700 kriminellen Banden vom organisierten Verbrechen lebten.

Die durch die Privatisierung entstandenen Betriebe und Unternehmen benötigen einen entsprechenden Rechtsschutz. Auf Grund des Fehlens eines der Privatwirtschaft gemäßen Rechtssystems war der Staat nicht in der Lage, diesen Rechtsschutz zu gewähren. Diese Lücke wurde von

Kriminellen genutzt, um durch Erpressung sich Geld zu beschaffen. Sie bezeichnen sich selbst als »Dach« (Крыша), was soviel wie »Schutz für Unternehmen« bedeutet. Das »Dach« erstreckt sich vom Großkonzern über die Privatbank bis zum Kleinbetrieb und Kiosk auf der Straße. Von ihnen allen wird Geld erpresst. Selbst vor Mord wird bei der Gelderpressung nicht Halt gemacht. Das erpresste Geld – es handelt sich dabei um Millionenbeträge – wird auf ausländischen Banken deponiert. Die Schutzgelderpresser leben im Ausland und schwelgen in Reichtum. Viele haben Menschenleben auf dem Gewissen. Bei einer Rückkehr nach Russland ist ihnen eine strafrechtliche Verfolgung gewiss.

Im russischen Volk stehen die Oligarchen in einem schlechten Ruf. Sie werden als Fremdkörper in der Gesellschaft angesehen. Unmut ruft ihre Arroganz hervor. Der geschmacklose und öffentlich zur Schau gestellte Lebensstil stößt in breiten Bevölkerungsschichten auf Ablehnung.

Im Volksmund heißt es: »Geld (Reichtum) allein macht nicht glücklich.« Es ist fraglich, ob die Oligarchen glücklich, mit ihrem Leben, zufrieden sind. Es kann sie nicht unberührte lassen, dass sie über Reichtum verfügen, den sie sich unredlich mit kriminellen Methoden angeeignet haben. Es kann ihnen nicht egal sein, dass ihr Eigentum nicht die Frucht ihrer Leistung, sondern Raubgut von Gemeinbesitz ist. Sie fürchten den Zorn des Volkes. In Prunkvierteln leben sie abgeschottet von der Öffentlichkeit. Ihre Kontaktarmut »entwirklicht« sie als Mensch. Ihre Umwelt – Prachtvillen mit modernsten Sicherheitsanlagen, hohe Zäune und Mauern um ihre Grundstücke, private Wachdienste, Bodyguards, Luxuslimousinen mit abgedunkelten Scheiben – ist eine »entfremdete« Wirklichkeit. Ihr Dasein ohne Pflichterfüllung gleicht einem sinnentleerten Leben, einem Leben in einem »goldenen Käfig«.

Der russische Philantrop und Kunstmäzen, *Alexander Lebedjew* bezeichnet die Oligarchen als kulturlose und ungebildete Menschen. »Sie lesen keine Bücher, sie haben keine Zeit. Sie gehen zu keinen Ausstellungen. Sie denken, der einzige Weg, andere zu beeindrucken, sei, indem man eine Jacht kauft.«

Die Oligarchen trüben das Bild vom postsowjetischen Russland.

Theoretiker und Manager der Privatisierung

Privateigentum und Marktwirtschaft waren in der Wirtschaftstheorie des Sozialismus Begriffe, die suspekt waren. Sie hatten denselben Rang wie beim Teufel das Weihwasser.

Die Marktwirtschaft galt als eine Wirtschaftsordnung, die der Vergangenheit angehört. Wirtschaftskrisen, Konkurrenz, Spekulation, Profit u. a. seien ihre kennzeichnenden Merkmale. Der Marktbezug wurde mit Basarhandel gleichgesetzt. War vom Markt die Rede, dann war der Markt für Gebrauchsgüter gemeint. Im eigentlichen Sinn des Wortes war auch dieser Markt kein echter Markt. Es gab weder freie Preisbildung, noch Konkurrenz zwischen den Produzenten. Wie andere Bereiche der Wirtschaft, wurde auch der Verbraucher- (Konsumgüter) -markt geplant. Einen Markt für Produktionsmittel gab es nicht. Sie wurden über den Plan zugeteilt. Ihr Preis war ein Verrechnungspreis, der nicht ihrem ökonomischen Wert entsprach. Erst in der Spätphase der Perestrojka gab es die Vorstellung, einen Produktionsmittelmarkt aufzubauen.

Das Privateigentum wurde ausschließlich als Grundlage der Ausbeutung, als Recht auf Aneignung der Früchte fremder Arbeit angesehen. Positive Seiten dieser Eigentumsform wie Eigeninitiative, Risikobereitschaft, Anreiz zur Verbesserung und Erneuerung der Produktion, Innovation u.a. blieben außer Betracht.

In der offiziellen Literatur galten Sozialismus und Privateigentum als unvereinbar.

Lediglich an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR gab es Gedanken über Privateigentum und Marktwirtschaft, die von der offiziellen ökonomischen Theorie abwichen. Es gab Vorstellungen, in den zentralgeplanten Wirtschaftsmechanismus marktwirtschaftliche Elemente einzubauen und privatwirtschaftliche Unternehmen zuzulassen.

Als noch zur Sowjetzeit auf höchster Ebene entschieden wurde, Staatseigentum zu privatisieren und die Wirtschaft in eine marktwirtschaftliche Ordnung umzustellen, beauftragte *Gorbatschow* vornehmlich Wissenschaftler der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (*Schatalin, Abalkin, Aganbegjan* u. a.) die erforderlichen Konzepte dazu zu erarbeiten. Innerhalb von 500 Tagen sollte die russische Wirtschaft auf einer marktwirtschaftlichen Ordnung beruhen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion beauftragte der russische Präsident *Jelzin* vor allem junge, an sowjetischen Universitäten und Hochschulen

ausgebildete Ökonomen, die Privatisierung von Staatseigentum und die Einführung der marktwirtschaftlichen Ordnung in die Hand zu nehmen; sie zu organisieren und zu leiten. Unterstützt und beraten wurden sie dabei von US-amerikanischen »Experten«, die eigens dafür nach Russland eingeflogen worden sind.

An der Spitze der russischen Privatisierer und der Einführung der Marktwirtschaft standen *Jegor Gaidar* und *Anatolij Tschubai*.

*Jegor Gaidar*¹⁵ (1956-2009) war der theoretische Kopf der Privatisierung und der Einführung der Marktwirtschaft in Russland. Mit Glanz hat er die ökonomische Fakultät der Staatlichen Lomonossow-Universität Moskau absolviert. Nach seinem Studium war er Leiter der Wirtschaftsabteilung in der Redaktion der theoretischen Zeitschrift »Kommunist«, später leitete er die Wirtschaftsredaktion der »Prawda«. Er war wirtschaftspolitischer Berater von *Gorbatschow*. Die Vorbereitung des Gipfeltreffens der G7 in London, zu dem der Präsident der UdSSR eingeladen wurde – es war das erste Mal, dass ein Vertreter der Sowjetunion an einem solchen Treffen teilnahm – lag mit in seinen Händen.

Nach der Abdankung von *Gorbatschow* trat *Gaidar* nahtlos in den Dienst des russischen Präsidenten *Jelzin*. Er gehörte zur Jelzin-Familie. Als Ministerpräsident und Finanzminister übte er hohe staatliche Funktionen in der Jelzin-Regierung aus.

Bei der Einführung der Marktwirtschaft war er ein Radikalreformer. Er verfolgte eine Wirtschaftspolitik, nach der alles sofort aufzuheben ist, was die Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen behindere. Bei einer ungeheuren Warenknappheit gab er im Herbst 1992 die Preise frei, was zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führte. Als Finanzminister lenkte er Staatsgelder und öffentliche Mittel auf Privatbanken, die eigentlich der Nationalbank oder dem Staatshaushalt hätten zugeführt werden müssen.

Gaidar selbst verfügt auf Schweizer Banken über ein Vermögen von mehreren Milliarden Dollar.

Die galoppierende Inflation, der weitere Niedergang der Wirtschaft und die engen Beziehungen, die *Gaidar* zu den Oligarchen unterhielt, zwangen *Jelzin*, *Gaidar* aus der Regierung zu entfernen. Im Dezember

¹⁵ Sein Großvater, Arkadij Gaidar, war einer der bekanntesten sowjetischen Jugendschriftsteller der 20er und 30er Jahre. In der DDR wurde er populär durch sein Buch »Timor und sein Trupp«. Kurz nach dem Hitler-Überfall auf die Sowjetunion musste er sein Leben an der Front lassen

1992 wurde *Gaidar* als Regierungschef von *Viktor Tschernomyrdin* abgelöst.

Bis zu seinem Lebensende engagierte sich *Gaidar* politisch als führender Kopf der liberaldemokratischen Opposition.

Anatolij Tschubai (1955) war Cheforganisator der Privatisierung. Mit kriminellen Methoden löste er Staatsvermögen auf und organisierte die Einführung der Marktwirtschaft. Er machte den Weg frei für die Entwicklung des Kapitalismus in Russland.

Tschubai ist promovierter Ökonom. Unter Gorbatschow erarbeitete er ein Reformmodell für die Stadt Leningrad. Er gehörte zum Freundeskreis der »Jelzin-Family«. Die Tochter Jelzins, *Tatjana Datschenko*, verschaffte ihm höchste Ämter in Staat und Wirtschaft. Ab 1992 war er Vizepremierminister; 1994 stieg er zum Finanzminister Russlands auf. Gemeinsam mit Oligarchen organisierte und finanzierte er 1996 die Wiederwahl Jelzins als Präsident Russlands. Als Dank dafür erhielt er den Posten als Chef der Präsidentialverwaltung, damit stieg er zum zweitmächtigsten Mann im Staat auf.

Als Finanzminister war er in Affären verwickelt, die ihm das Ministeramt kosteten.

Nach dem Rückzug aus der Politik machte er Karriere in der Wirtschaft. *Tschubai* wurde Vorstandsvorsitzender des Stromriesen und Strommonopolisten UES, der ca. 1,7 Millionen km Stromleitungen besitzt, 30 Kraftwerke betreibt und 70 Prozent des russischen Stroms produziert. Gemeinsam mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten *Tschernomyrdin* und dem Eisenbahnchef *AKS Jonenko*, kontrolliert er im größten Gasunternehmen der Welt, *Gasprom*, Hunderte Milliarden Dollar.

Heute berät *Tschubai* den Ministerpräsidenten *Putin* über Hochtechnologien; er ist Leiter des Nanotechnik-Unternehmens Rosnano. Politisch führt er die liberale Partei »Union der Rechten Kräfte«. Im März 2005 überlebte er ein Attentat auf seine Fahrzeugkolonne, das auf ihn gerichtet war.

Die janusköpfige Doppelmoral

Der Wandel im politischen System Russlands, die grundlegenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft bewirkten bei vielen ehemaligen

Funktionsträgern einen Gesinnungswandel. Sie wechselten von heute auf morgen die Seiten. Sie rückten in die Elite der neuen Machthaber auf.

Die Veränderung von Auffassungen und Ansichten ist durchaus normal. Sie ist sogar unerlässlich. Es liegt in der Natur jeder Theorie, neue Erkenntnisse zu gewinnen und sich diese zu eigen zu machen. Auch in Wirtschaft und Gesellschaft gibt es ohne Erkenntnisgewinn keinen Fortschritt.

Ein Grundmangel der zur Staatsideologie erhobenen offiziell vertretenen marxistisch-leninistischen Lehre bestand darin, dass Auffassungen, die nicht der Wirklichkeit, dem Leben entsprachen, zu Dogmen erhoben worden sind, an denen starr festgehalten wurde. Wirklichkeit und Theorie trifteten auseinander.

Das starre Festhalten an Dogmen ist eine entscheidende Ursache mit dafür, dass das Gesellschaftsmodell des Sozialismus gescheitert ist. Der Dogmatismus versperrte den Blick für das Erkennen herangereifter notwendiger Reformen. Er war ein Hindernis auf dem Weg des Fortschritts.

Der Gesinnungswandel bei den alten Funktionsträgern, die nunmehr der neuen Staatselite angehörten, beruhte nicht auf Erkenntnisgewinn, das Los und Wohl der Menschen zu verbessern, sondern auf der Gier nach Macht, nach Reichtum, er beruhte ausschließlich auf der Sicherung des eigenen Vorteils. Bei nicht wenigen Sowjetfunktionären – von höchster Ebene bis zu den untersten Stufen – gab es eine Doppelmoral: Um ihres eigenen Vorteil willen schwammen sie einerseits mit im Fahrwasser der Sowjetideologie, andererseits hatten sie im Sinn, das sowjetische Gesellschaftssystem zu beseitigen.

Charakteristisch dafür ist die Doppelmoral des ehemaligen Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der KPdSU *Alexander Jakowlew*. Er war verantwortlich für Agitation und Propaganda. Ihm oblag die Oberaufsicht über das geistig-kulturelle Leben im Land, über die sozialistische Erziehung und weltanschauliche Bildung der sowjetischen Menschen. Rundfunk, Fernsehen und die Presse unterlagen seiner Kontrolle. *Jakowlew* galt als Architekt der Gorbatschowschen Reformen. Obwohl er viele Jahre die Funktion als »Chefagitator« und »Chefpropagandist« einer für die Erneuerung des Sozialismus kämpfender Partei ausübte, sagte er über sich selbst, dass er seit Jahren das Wort Sozialismus nicht über seine Lippen gebracht hat. In seinem Buch »Sumerki« (Dämmerung) bezeich-

nete er die Oktoberrevolution 1917 als Konterrevolution und Lenin nennt er einen der ersten Faschisten.¹⁴

Ähnliche Verhaltensweisen gab es bei Wirtschaftsfachleuten, Politologen und hohen Beamten im diplomatischen Dienst. Schon zur Sowjetzeit begann in Köpfen früherer Partei- und Staatskader die Erosion der offiziellen Sowjetideologie. Soll man den Worten des ehemaligen Generalsekretärs des ZK der KPdSU, *Gorbatschow*, Glauben schenken, so ließ er in einem Vortrag an der amerikanischen Universität in Ankara die Katze aus dem Sack, als er erklärte, dass das Ziel seiner Perestroika-Politik darin bestand, den »Kommunismus« in seinem Land – und nicht nur dort – zu beseitigen.

Es ergibt sich die Frage, welche theoretischen, ideologischen und weltanschaulichen Positionen an die Stelle früher vertretenen sozialistischen, marxistisch-leninistischen Auffassungen getreten sind?

Die neoliberale Lehre

Auf dem Gebiet der Wirtschaft sind es zweifelsfrei die Positionen und Lehren des *Neoliberalismus*. Sie fanden in Wirtschaftskreisen, vor allem in den obersten Etagen der Wirtschaftsführung, schnelle Verbreitung. Vermittelt und propagiert wurden sie einerseits durch Abgesandte der Chicagoer Schule – sie standen Gewehr bei Fuß – und andererseits durch eifrige russische Schüler, auch Chicago Boys genannt, die hohe Posten im staatlichen Wirtschaftsapparat inne hatten.

Die neoliberale Wirtschaftslehre hat ihren Ausgangspunkt Ende der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Sie ist eine Reaktion auf die Wirtschaftstheorie von *John Maynard Keynes* (1883-1946), der bei seiner Analyse der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre zu der Erkenntnis kam, dass der kapitalistische Marktmechanismus nicht mehr ausreicht, um einen reibungslosen Verlauf des gesellschaftliche Reproduktionsprozess zu sichern. Um künftig Wirtschaftskrisen zu vermeiden, ist seiner Auffassung nach das Eingreifen des Staates mit seinen Finanzmitteln und –instrumenten unvermeidlich.

Die Gegentheorie zur Keynsschen Lehre ist der Neoliberalismus, dessen wichtigster Theoretiker *Friedrich August von Hayek* (1899-1992) ist.

14 Siehe: Alexander Jakowlew: Sumerki. Moskau 2003 (russ.).

Das Leitmotiv seines theoretischen Konzepts bestand darin: Alles Soziale aus der Marktwirtschaft zu entfernen. In einem Beitrag aus dem Jahr 1981 spottete er »soziale Gerechtigkeit ist quasi religiöser Aberglaube, den wir bekämpfen müssen. Wahr ist nur, dass eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit – und ich fürchte auch, »soziale Demokratie« keine Demokratie ist.«¹⁵

Der Neoliberalismus erlebte vor allem in den 90er Jahren weltweite Verbreitung; er feierte seinen Einzug in allen ehemaligen sozialistischen Ländern. Das Zentrum der neoliberalen Lehre befindet sich an der Chicagoer Universität. Der herausragende Kopf dieser Schule war der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft, *Milton Friedman* (1912-2006). Seine Schüler waren USA-Präsidenten, britische Premierminister, russische Oligarchen, polnische Finanzminister, Direktoren des Internationalen Währungsfonds und andere hohe Staatsfunktionäre. *Friedman* zierte der Ruf, der einflussreichste Wirtschaftswissenschaftler der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert gewesen zu sein. Es ist in der Tat gelungen, die neoliberalen Lehren *Friedmans* in die entferntesten Winkel der Erde zu tragen. In ihrem bemerkenswerten Buch »Die Schockstrategie«, der Aufbruch des Katastrophen-Kapitalismus, in dem der Neoliberalismus fundiert angeklagt wird, bezeichnet *Naomi Klein* *Friedman* als Oberguru des skrupellosen Kapitalismus und als den Mann, der das Regelwerk für die gegenwärtige, hypermobile Weltwirtschaft verfasste.¹⁶

Kerngedanken der neoliberalen Lehre sind:

- Privateigentum und privates Wirtschaften haben den Status von Naturrecht; eine Gesellschaft funktioniert nur dann, wenn sie auf der Grundlage von Privateigentum beruht.
- Die Marktwirtschaft ist die einzig mögliche Ordnungsform der Menschheit. Alternative zur Marktwirtschaft ist Zwangswirtschaft.
- Die Konkurrenz als Attribut der Marktwirtschaft ist ein neodarwinistischer Prozess, der ineffiziente Lösungen eliminiert. Alle Hindernisse müssen aus dem Weg geräumt werden, die die Konkurrenz behindern.

¹⁵ Friedrich August von Hayek: Wissenschaft und Sozialismus. Vorträge und Aufsätze des Walter-Eucken-Instituts. Heft 71. Tübingen 1979. S. 61.

¹⁶ Naomi Klein: Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. Frankfurt a.M. 2007. S. 15.

- Soziale Gerechtigkeit kann kein Ziel des Wirtschaftens sein. Sie ist religiöser Aberglaube.
- Soziale Maßnahmen des Staates stehen im Widerspruch zum Markt. Sie werden abgelehnt. Wie überhaupt der Staat kein Recht habe, in die Wirtschaft einzugreifen.
- Der Staat ist der Ort der Ausübung von äußerem Zwang und damit eine Gefahr für die individuelle Freiheit. Nur durch die Herrschaft des Privateigentums und den ungezügelt Markt kann es individuelle Freiheit geben.

Hauptanliegen der Lehre der Chicagoer Schule ist die Rückführung des »deformierten«, sozial-belasteten Kapitalismus in seine »reine« Form. Soziale Verkrustungen sind abzuwerfen, damit sich ein »purer«, »sauberer« Kapitalismus entfalten kann. Nur ein purer Kapitalismus sei sozial. Das ist ökonomisch irre und sozial absurd.

Der Neoliberalismus unterlag in seiner Akzeptanz vielen Schwankungen. Der wirtschaftliche Verlauf in den einzelnen Ländern, besonderes in Krisenzeiten, stellte seine Richtigkeit nicht selten in Frage. Keynssches Gedankengut wurde und wird gegenüber gestellt. Gewerkschaften, sozialistische Parteien, Kirchen u.a. wenden sich vehement gegen die neoliberale Doktrin, Sozialleistungen des Staates abzubauen, partielle Regulierungen des Marktes aufzuheben und öffentliches Eigentum zu privatisieren. Ungeachtet dieser Gegenströmung, der Hinwendung zur Auffassung von Keynes, bleibt der Neoliberalismus nach wie vor die dominierende Wirtschaftslehre der Gegenwart.¹⁷

Die Schocktherapie

Ein besonderes Kapitel in der Lehre der Chicagoer Schule ist die »*Schocktherapie*«. Der Begriff Schock stammt aus der Medizin. Beim Schock handelt es sich um ein durch unterschiedliche Ursachen hervorgerufenen lebensbedrohliches Kreislaufversagen. Ein Schockzustand kann auch künstlich herbeigeführt werden.

¹⁷ Vgl.: Hans-Georg Draheim / Dieter Janke (Hrsg.): Legitimationskrise des Neoliberalismus – Chance für eine neue politische Ökonomie? Diskurs. Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus – Heft 25. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 2007.

Auch in der Wirtschaft kann es einen Schockzustand geben; das ist dann der Fall, wenn der Wirtschaftskreislauf nicht mehr funktioniert, wenn die Versorgung der Menschen mit lebenswichtigen Gütern nicht mehr möglich ist, wenn Inflation herrscht und das Wirtschaftswachstum rapide sinkt. Die Menschen befinden sich in einer Panikstimmung, sie kämpfen ums nackte Überleben. Subsistenzwirtschaft gewährleistet das Überleben.

Die Therapie des Schockes erfordert den Einsatz radikaler Mittel, die Verabreichung bitterer Medizin.

Im Schockzustand sind die Menschen geblendet. Ihr Kampf ums tägliche Überleben macht sie für »große« Fragen der Politik interessenlos. Regeln und Gesetze des normalen Lebens sind weitestgehend außer Kraft. Gegen drastische Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft durch die Politik wird kaum Widerstand geleistet. Einer von *Jelzins* amerikanischen Beratern machte die Bemerkung, der günstigste Umstand für Reformen sei eine »müde Öffentlichkeit, die vom vorangegangenen politischen Kampf erschöpft ist«.

Joseph Stiglitz, seinerzeit Chefökonom der Weltbank, drückte die Mentalität der Schocktherapeuten wie folgt aus: »Nur ein Blitzkrieg während eines ›Gelegenheitsfensters‹, für das ein ›Übergangsnebel‹ sorgt, kann die Veränderungen herbeiführen, ehe die Bevölkerung eine Chance hat, sich zu organisieren und ihre zuvor als berechtigt angesehenen Interessen zu verteidigen.«

»Erfinder« der Doktrin von der Schocktherapie ist *Milton Friedman*. Er selbst erarbeitete die Rezepte und bestimmte die Medikamente, die verhindern sollen, dass Regierungen privates Eigentum verstaatlichen, einen politischen Kurs einschlagen, der eine Alternative zum Kapitalismus darstellt. Am Beispiel Chiles praktizierte er diese Therapie.

Friedman war persönlicher Berater von *Augusto Pinochet*, der am 11. September 1973 durch einen blutigen Staatsstreich die demokratisch gewählte Regierung des Präsidenten *Salvador Allende* stürzte.

Salvador Allendes Unidad Popular hatte die chilenischen Wahlen 1970 mit der programmatischen Zielstellung gewonnen, die Politik einer sozialistischen Alternative zu verfolgen und große Sektoren der Wirtschaft, die von ausländischen und einheimischen Unternehmen beherrscht werden, der Regierung zu unterstellen, Das betraf vor allem die chilenische Kupferindustrie, die in den Händen amerikanischer Bergbaugesellschaften lag, die für sie außerordentlich profitabel war. Außerdem war vorgese-

hen, die chilenische Telefongesellschaft, die zu 70 % der International Telephone and Telegraph (ITT) gehörte, zu verstaatlichen. Durch staatliche Aktieneinkäufe und Enteignung von privaten Unternehmen war bereits ein beachtlicher Sektor der staatlichen Wirtschaft geschaffen worden. Der von der Allende Regierung verfolgte und von der Bevölkerung unterstützte neue politische Kurs ließ in den USA die Alarmglocken läuten. Wirtschaftssanktionen, Kreditsperren und von den USA eingesetzte geheime Dienste sollten die weitere Verwirklichung des Unidad Popular Programms verhindern. Als dies nicht gelang, wurde zum äußersten Mittel gegriffen: zur Schocktherapie.

Die Allende Regierung überschätzte die Fortschritte auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft. Die neuen demokratischen Verhältnisse sah sie als gefestigt und stabil an. Sie sah nicht die Gefahr, dass der neue politische Kurs von den Gegenkräften nur solange geduldet wird, wie das Privateigentum an Naturreichtümern und Produktionsmitteln unangetastet bleibt. Wird das Privateigentum in Frage gestellt, dann sei es gerecht, so die Gegner, mit allen Mitteln die Enteignung zu verhindern. Und dies geschah auch.

Am 11. September 1973 wurde ein konterrevolutionärer Staatsstreich durchgeführt. Auf den Straßen in Santiago de Chile rollten die Panzer. Flugzeuge griffen das Regierungsgebäude an. Der Präsidentenpalast wurde mit Raketen beschossen. Es herrschte ein kriegsähnlicher Zustand. Der demokratisch gewählte Präsident Allende wurde tot aus seiner Residenz herausgetragen; sein Kabinett wurde verhaftet. Massen von Zivilisten wanderten in Gefängnisse oder wurden in Stadien zusammengetrieben. Folterungen fanden statt. Hunderte wurden hingerichtet. Es wird eingeschätzt, dass insgesamt mehr als 32.000 Menschen verschwunden sind oder hingerichtet wurden. Mindestens 80.000 sind inhaftiert worden und 200.000 sind aus politischen Gründen ins Ausland geflohen. Die Bevölkerung Chiles wurde in einen Schockzustand versetzt.

Die von *Milton Friedman* für Chile verordneten Medikamente hatten ihre Wirkung nicht verfehlt. Der Test war gelungen. Die Chicagoer Schule konnte triumphieren. Mit einem Volkswiderstand war nicht zu rechnen. Das kapitalistische System war gerettet. Es gibt heute in Lateinamerika kaum ein Land, in dem der Kapitalismus so stabil ist wie in Chile.

Als Berater empfahl *Friedman* dem an die Macht geputschten General *Pinochet*, die Gesellschaft umzubauen, die Verstaatlichung des Privateigentums rückgängig zu machen, die Steuern für Unternehmen zu sen-

ken, die Wirtschaft zu deregulieren und tiefe Einschnitte im sozialen Netz vorzunehmen.

Die chilenische Gesellschaft begab sich auf den Weg einer Militärdiktatur.

Die neuen russischen Neoliberalen

Die an den Schalthebeln des Staates und der Wirtschaft sitzenden russischen Eliten machten sich so schnell wie möglich die Lehrsätze und Regeln des Neoliberalismus zu eigen. Wie ein trockener Schwamm das Wasser, saugten sie das neoliberale Gedankengut auf. Der Neoliberalismus war für sie eine Art Evangelium. Sie ließen es auch nicht an Eile fehlen, die neoliberale Theorie in die Praxis umzusetzen.

Gaidar, Tschubai u. a. waren die theoretischen Köpfe, die in Russland die neoliberale Lehre der Chicagoer Schule fest verankerten.

Unterstützt und beraten wurden sie dabei von US-amerikanischen Experten. Für fürstliche Honorare erteilten sie Rat, wie die russische Wirtschaft in eine Marktwirtschaft und wie Staatseigentum in Privateigentum umzuwandeln sei. Letztlich liefen ihre Ratschläge darauf hinaus, in Russland Verhältnisse zu schaffen, die es unmöglich machen, die alten, früheren Verhältnisse wieder entstehen zu lassen. Alles, was zu Sowjetzeiten entstanden war, galt es für immer zu beseitigen.

Die US-Administration, der Internationale Währungsfonds wie auch die Weltbank machten dabei ihre finanzielle Unterstützung durch Vergabe von Krediten für Russland von den schnellstmöglichen Fortschritten bei der Lösung dieser Aufgabe abhängig.

In ihrer Mehrzahl zeichneten sich die amerikanischen Berater dadurch aus, dass sie das Land nicht kannten; sie hatten weder eine Ahnung von der Seele des russischen Menschen, noch von der Geschichte, den Traditionen und Sitten Russlands. Die Sprache war ihnen fremd. Hass gegen die Sowjetordnung war ihr prägendes Merkmal.

Trotz über siebzig Jahre Sowjetmacht, ist Russland Russland geblieben. Russland gehört zwar bis zum Ural zu Europa, doch es ist nicht so europäisch wie viele andere Länder. Viele Sitten und Gebräuche aus der russischen Vergangenheit sind erhalten geblieben. Wodka wird nach wie vor getrunken, der Samowar schmückt immer noch das Zimmer. Borschtsch und Bliniki werden weiterhin gern gegessen. Wenn auch die

Kirche entmachtet wurde, der orthodoxe Glaube war im russischen Volk tief verwurzelt geblieben.

Vor 150 Jahren schrieb der große russische Schriftsteller *Fjodor M. Dostojewski*: »... dass wir überhaupt keine Europäer sein können, dass wir außerstande sind, uns in eine jener Lebensformen zu zwingen, die Europa aus seinen eigenen, uns fremden und entgegengesetzten, nationalen Elementen hervorgebracht und entwickelt hat – ebenso, wie wir kein fremdes Kleid tragen könnten, das nicht nach unseren Maßen geschneidert ist.«¹⁸

Präsident *Jelzin* war voll und ganz amerikahörig. Er besaß das volle Vertrauen der Amerikaner. Den Anweisungen der US-Administration kam er buchstabengetreu nach. Er war für sie ihr bester Erfüllungshelfer.

Persönlicher Berater von *Jelzin* war *Jefrey Sachs* – Ökonomieprofessor an der Harvard-Universität. Noch jung an Jahren galt er als der aufgehende Stern an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Harvard-Universität. Er verfügte bereits über ausreichende Erfahrungen bei der Bekämpfung der Inflation in Bolivien und bei der Transformation der polnischen Wirtschaft in die Marktwirtschaft.

Mit seinen Ratschlägen übte er auf *Jelzin* Druck aus, Lebensformen einzuführen, die für das Land fremd waren. Später urteilte er selbst über seine Ratschläge, vor allem über die von ihm empfohlene Schocktherapie: »Tut mir leid, war vermutlich ein Fehler«.¹⁹

Jelzin sah in *Sachs* aber nicht nur den ökonomischen Berater. Die russische Staatskasse war leer. Geld wurde dringend benötigt. *Sachs*, der die Interessen des Internationalen Währungsfonds vertrat, sollte es beschaffen. Die Notlage Russlands erkennend, versprach er *Jelzin*, Kredite des IWF locker zu machen. Er verband allerdings die Zusage mit der Forderung, schnellstmöglich die kapitalistische Wirtschaftsordnung einzuführen. Gegenüber dem russischen Präsidenten erklärte er, wenn Moskau bereit sei, mit einer Art von »Urknall« die kapitalistische Ordnung einzuführen, dann sei er zuversichtlich, Unterstützung in der Größenordnung von 15 Mrd. US-Dollar zusammenzubringen. Allerdings wurde nur ein Bruchteil davon überwiesen. Der IWF schraubte seine Forderung weit über das hinaus, was *Sachs* vom russischen Präsidenten verlangt hatte.

18 Fjodor M. Dostojewski: Subskriptionsanzeige für die Zeitschrift »Wremja« für 1861. In: Eine verfängliche Frage. Aufsätze. Feuilletons. Berlin 1988. S. 57.

19 Zitiert nach: Gabriele Krone-Schmalz: Was passiert in Russland. S. 144.

Das versprochene Geld floss deshalb so spärlich, weil sich im Land Widerstand gegen die Art und Weise der Privatisierung und die Folgen der Marktwirtschaft regte. Außerdem sahen es sowohl der Internationale Währungsfonds als auch die US-Administration nicht mehr als notwendig an, dem russischen Staat großzügig Finanzmittel zu geben, da das eigentliche Ziel, das alte »kommunistische System« in die Knie zu zwingen, erreicht war. Der einstige Gegner lag am Boden. Die USA und ihre Verbündeten hatten geopolitisch gesiegt. Sie besaßen nunmehr die alleinige Vormacht in der Welt.

Jelzins Pinochet-Option

Statt die Wirtschaft aus der Talsohle zu führen, die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern, verschlimmerten Privatisierung und Marktwirtschaft deren Lage. Wirtschaftlich ging es in den 90er Jahren weiter bergab. Das Bruttoinlandprodukt betrug 1995 nur noch die Hälfte von dem aus dem Jahr 1989. Als Folge der Inflation nahm die Geldentwertung rapid zu. Mitte der neunziger Jahre befand sich ein Viertel der Haushalte unter der Armutsgrenze. Die Neureichen unternahmen keinerlei Anstrengungen, im eigenen Land zu investieren. Sie hatten kein Vertrauen in die einheimische Wirtschaft. Allein im Jahr 1992 wurden 40 Mrd. Dollar auf Konten ausländischer Banken überwiesen. Kredite vom internationalen Finanzkapital wurden nicht für das Wiedererstarren der Wirtschaft verwendet, sondern für den Import von Gebrauchsgütern.

Im Unterschied zur Sowjetzeit, in der permanent Warenmangel herrschte, waren jetzt die Regale voll. Alles, was benötigt wurde, war zu haben. Der Mangel war überwunden. Was der Bevölkerung fehlte, war das Geld, die Kaufkraft war äußerst gering. Große Teile der Bevölkerung fanden sich unter den neuen Verhältnissen nicht zurecht. Einerseits überbordende Märkte, andererseits Armut, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend. Verbrechen, Diebstahl, Flucht in Alkohol waren kennzeichnende Merkmale der Privatisierung und der Marktwirtschaft. Die Gesellschaft polarisierte sich in Arme und Reiche.

Jelzin hatte Demokratie, Freiheit und Wohlstand versprochen. Die Versprechen blieben aus. Unmut machte sich in der Bevölkerung breit. Die *Jelzin* Regierung geriet unter Beschuss. Zwischen der Macht der Regierung und dem Parlament verschärften sich die Konflikte. Die Opposition

gegen die Jelzin Regierung nahm an Stärke zu. Das russische Parlament entzog im März 1995 dem Präsidenten die Vollmacht, ohne Zustimmung der obersten Volksvertretung die Reformen zu verwirklichen. *Jelzin* sah seine Macht durch das Parlament beschnitten. Das Aufbegehren der Abgeordneten bezeichnete er als »Meuterei«. Der russische Präsident rief den Notstand aus, der ihm wieder zur alten Macht verhelfen sollte. Als »Notstandsdiktator« fühlte sich *Jelzin* wieder stark, wusste er doch, dass hinter seinem Rücken finanzstarke Kräfte des Westens standen.

Die Aufständigen im Parlament wurden als »Hardliner« bezeichnet, die zu den alten Verhältnissen wieder zurückkehren wollen. Doch davon konnte keine Rede sein. Es ging vielmehr darum, mit den kriminellen Methoden der Privatisierung, mit dem Sozialabbau Schluss zu machen. Es ging um den Wiedereinzug normaler Verhältnisse, um die Herstellung einer gerechteren menschlichen Ordnung.

Jelzin befand sich in einer schwierigen Lage. Einerseits musste er die Opposition bekämpfen, andererseits war er gezwungen, ihren Protest ernst zu nehmen. Ein »Bauernopfer« musste her. Er opferte sein liebstes Kind, den Ministerpräsidenten *Gaidar*. An dessen Stelle setzte er den in der Zwischenzeit zum Milliardär aufgestiegenen ehemaligen Chef von Gasprom, dem mächtigsten und reichsten Konzern Russlands, *Viktor Tschernomyrdin*.

Auch nach diesem Wechsel war der Konflikt zwischen Regierung und Parlament nicht beseitigt. *Jelzin* ließ die Nachricht verbreiten, ein vom Internationalen Währungsfonds zugesagter Kredit in Höhe von 15 Mrd. Dollar würde nicht überwiesen, weil das Parlament verlangt habe, die eingeleiteten Reformen rückgängig zu machen. Im Kampf gegen das Parlament griff *Jelzin* zum äußersten Mittel. Er griff zur »Pinochet-Option«. Mit dem Dekret 1400 verkündete er: Die Verfassung sei außer Kraft und das Parlament aufgelöst. Nach diesem Entschluss fand 2 Tage später eine Sondersitzung der Abgeordneten des Parlaments statt, auf der mit 636 zu 2 Stimmen entschieden wurde, *Jelzin* seines Amtes zu entheben und Neuwahlen durchzuführen. Im Fall von Neuwahlen war *Jelzins* Wiederwahl fraglich. Im Volk hatte er das Vertrauen verloren. Er unternahm deshalb im Bündnis mit seinen amerikanischen Beratern alles, um diese Neuwahlen zu verhindern.

Um Jelzin den Rücken zu stärken, bewilligte der US-Kongress Hilfgelder in Höhe von 2,5 Mrd. Dollar. Unter vorgehaltener Hand hieß es,

Jelzin und die Oligarchen hätten diese »Russland-Hilfe« auf private Konten ins Ausland umgeleitet.

Doch der Konflikt zwischen Parlament und Präsident spitzte sich weiter zu. Er begann zu eskalieren, er geriet außer Kontrolle. *Jelzin* erteilte Anweisungen, das Parlamentsgebäude mit Truppen des Innenministeriums zu umstellen sowie die Wärme- und Stromversorgung zu unterbrechen. Auch das Telefonieren wurde unterbunden. Sympathisanten der Abgeordneten leisteten gewaltlosen Widerstand und versuchten, die Blockade aufzuheben. Ihr Einsatz blieb erfolglos. Wasserwerfer und Stacheldraht waren stärker. Daraufhin marschierten sie am 3. Oktober zum Ostantino-Fernsehturm und verlangten Sendezeit bei der Nachrichtenübertragung.

Von *Jelzins* Truppen wurden die Demonstranten mit Maschinenpistolen aufgehalten und beschossen. Kinder befanden sich in der Menschenmenge. Über 100 Tote waren zu beklagen.

Selbst nach diesem blutigen Zusammenstoß trat keine Ruhe ein. Die Eskalation der Gewalt nahm weiter zu. Am 4. Oktober erteilte *Jelzin* der Armee den Befehl, das Parlamentsgebäude zu stürmen und in Brand zu setzen. *Jelzin* wurde zum russischen *Pinochet*. Er entfesselte ein Blutbad und versetzte das Land in einen Schockzustand.

Das militärische Abenteuer kostete 500 Menschen das Leben, fast 1000 wurden verwundet. Festgenommene wurden in ein Stadion getrieben. Für viele endete der Weg in Polizeistationen, in denen sie gefoltert wurden.

Die Ereignisse in Moskau am 3. und 4. Oktober 1993 verliefen voll und ganz nach dem Muster, das dem Putsch in Chile zwanzig Jahre früher zugrunde lag. Einen Tag nach dem 4. Oktober schrieb *The Boston Globe*: »Gestern kesselten zehn Stunden lang rund 300 russische Armeepanzer und gepanzerte Mannschaftswagen das Parlamentsgebäude in der Moskauer Innenstadt ein, das als weißes Haus bekannt ist, und nahmen es immer wieder unter Feuer, genau wie Infanteriegruppen mit Maschinenpistolen, um 16.15 Uhr kamen rund 300 Wachen, Kongressabgeordnete und Mitarbeiter einer nach dem anderen mit erhobenen Händen aus dem Gebäude.«²⁰

Nicht nur Raub und Diebstahl, sondern auch Panzer und Gewehrfeuer verhalfen in Russland der kapitalistischen Ordnung zum Durchbruch.

20 Zitiert nach: Naomi Klein: Die Schocktherapie. S. 316.

Schützenhilfe wurde dabei vom Westen, voran die USA, geleistet. Aber auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sah nicht tatenlos zu. Die Neoliberalen Russlands wie auch ihre US-Berater traten die Demokratie von »unten« mit Füßen. Verfassung, Mitbestimmung der frei gewählten Abgeordneten, Verfassungsgericht u. a. wurden als Hindernisse für den freien Markt, für freies Unternehmertum angesehen. Die Zerstörung und Unterdrückung demokratischer Institutionen wurde mit der Floskel »außergewöhnlicher Zeiten« bemäntelt. Die hehren Ideale, Freiheit und Demokratie, die die USA immer wieder verkünden, wurden im Interesse einer kapitalistischen Ordnung ad acta gelegt.

Bevor das Parlamentsgebäude beschossen wurde, flog US-Vizepräsident *Al Gore* eigens nach Moskau, um sich von *Jelzin* versichern zu lassen, dass die Privatisierung unter allen Umständen weitergehen werde.

Die Zeit nach dem Putsch im Oktober war durch rigide Maßnahmen der russischen Regierung gekennzeichnet. Bittere Pillen fürs Volk wurden verabreicht: Abbau von Sozialleistungen, Aufhebung aller Preiskontrollen, forcierte Fortsetzung der Privatisierung von Staatseigentum. Die Oligarchen befanden sich in Goldgräberstimmung. Sie bemächtigten sich vor allem der Filetstücke der Wirtschaft. Dem trunksüchtigen Präsidenten verhalfen sie 1996 zu seiner Wiederwahl. Das Geflecht zwischen Macht, Regierung und Oligarchen wurde immer dichter.

Wirtschafts- und Währungskrise

Trotz Schocktherapie, bitterer Medizin und anderer therapeutischer Maßnahmen, kam die russische Wirtschaft nicht auf die Beine. Das Bruttoinlandprodukt erreichte 1998 im Vergleich zu 1989 mit 45,8 % den niedrigsten Stand. Die Staatsverschuldung befand sich auf Rekordhöhe. Sie betrug am Ende der Regierungszeit von *Jelzin* 140-145 Mrd. Dollar. Mehr als 25% der Ausgaben des Staatshaushaltes flossen in den Schuldendienst.

Bereits zu Sowjetzeiten wurde das staatliche Außenhandelsmonopol aufgehoben. Die Unternehmen konnten nunmehr ohne staatliche Kontrolle Export- und Importgeschäfte tätigen. Da im Inland die Preise für Rohstoffe, vor allem für Erdöl, Gas, Erze, Holz u. a. niedrig waren, kauften Konzerne die billigen Rohstoffe auf und veräußerten sie für hohe Weltmarktpreise auf dem Außenmarkt. In einem Bericht, den das in Wa-

shington ansässige Center for International Policy am 3. Februar 2005 veröffentlichte, heißt es: »Einige Oligarchen kauften das russische Öl im Inland für zehn Dollar pro metrische Tonne ein und verkauften es zum ungefähr gleichen Preis an ihre eigenen Strohfirmer im Ausland. Erst dann verkauften sie das Öl für 120 Dollar pro Tonne an fremde Käufer. In vielen Fällen verblieben die gesamten Einkommen aus solchen Exporten auf ausländischen Konten.«

Um »schmutziges « Geld zu machen, wurde Russland um seine Naturreichtümer beraubt. Hunderte Milliarden Dollar wurden aus dem Land herausgeschafft. Der während der 90er Jahre entstandene Schaden beläuft sich auf 200 bis 500 Milliarden Dollar.

Es gehörte zu den Praktiken der Finanztransaktionen der Oligarchen, dem Staat zustehende Steuern zu hinterziehen. Fehlende Finanzkontrollen und undurchsichtige Steuersysteme begünstigten den Betrug am Staat. Außerdem musste der Staat Ende der 90er Jahre durch sinkende Erdölpreise auf dem Weltmarkt auf beträchtliche Einnahmen verzichten.

Für eine normal funktionierende Wirtschaft ist eine stabile Währung unerlässlich. Eine stabile Währung existiert dann, wenn die Kaufkraft der Währungseinheit (Rubel, Euro, Dollar etc.) gleich bleibt oder steigt und wenn die umlaufende Geldmenge den Erfordernissen des Wirtschaftskreislaufs entspricht. Zuviel umlaufendes Geld erhöht die Nachfrage und führt zum Anstieg der Preise, während Geldknappheit Warenüberschuss und damit Preissenkungen bewirkt.

Währungssystem und die Währung selbst unterliegen der Obhut des Staates. Der Staat, Regierung und Zentralbank haben dafür zu sorgen, dass die Volkswirtschaft mit der notwendigen Geldmenge und Devisen versorgt wird und dass die Währungseinheit stabil bleibt. Wirtschaft und Finanzen sind eng miteinander verbunden. Der Zustand der Wirtschaft spiegelt sich aufgrund ihrer engen Verflechtung mit dem Finanzsystem in der Währung wider. Soll eine Wirtschaft gesunden, muss der Hebel an der Währung angesetzt werden. Eine aus dem Ruder gelaufene Währung ist wieder in die rechte Bahn zu lenken. Der Wiederaufstieg der Wirtschaft in beiden deutschen Staaten nach dem 2. Weltkrieg wäre ohne Stabilisierung der Währung, ohne Währungsreform, nicht denkbar gewesen.

In den 90er Jahren war das Währungssystem in Russland völlig zerrüttet. Nach seinem Austritt aus der UdSSR gab es nicht einmal ein Finanzministerium. Die Regierung wickelte Teile ihrer finanziellen Transakti-

onen über sogenannte »autorisierte« Banken ab. Diese waren Banken, die von der Regierung die Lizenz besaßen, in ihrem Auftrag finanzielle Angelegenheiten zu erledigen. So wurden u. a. Bergbau-, Öl- und Gasunternehmen verpflichtet, ihre Konten auf »autorisierte« Banken zu übertragen. Abgesehen von den riesigen Gewinnen, die diese Banken dabei erzielten, erhielten die »autorisierten« Banken zugleich Zugriff auf riesige Geldbeträge des Staates. Der Staat hatte die Kontrolle über die Währung verloren. Im Land waren faktisch zwei Währungen im Umlauf: Der Rubel und der Dollar. Die Parität des Rubels gegenüber dem Dollar stimmte nicht. Der Rubel war überbewertet, er musste vom Staat mit Dollarbeträgen gestützt werden.

Die auf Kreditbasis erhaltenen Dollar flossen nicht in den produktiven Bereich der Wirtschaft, sondern wurden für die Konsumtion ausgegeben. Großstädte bezogen fast 60% ihrer Verbrauchsgüter aus Importen.

Im Jahr 1998 erreichte die Währungskrise ihren Höhepunkt. Flankiert wurde sie durch die ostasiatische Finanzkrise. Im August 1998 brach der Rubel zusammen. Die Abwertung des Rubels – Heraufsetzen des Wechselkurses, Verringerung des Wertes der einheimischen Währung z. B. gegenüber dem Wert des Dollar – war unabwendbar. Für den Binnenmarkt bedeutete die Abwertung eine Verringerung der Kaufkraft der Bevölkerung. Die Inflation schoss in die Höhe. Sie kletterte im Jahr 1999 im Vergleich zu 1995 auf 349 und im Jahr 2001 auf 400 Prozent. Importierte Gebrauchsgüter waren nicht mehr bezahlbar.

Für die russische Wirtschaft hatte die Rubelabwertung auch eine positive Seite. Sie dämmte die Importe ein und erhöhte die Nachfrage nach einheimischen Produkten. Es entstanden Impulse für die Belebung der Wirtschaft. Trotz zögerlichem Wachstum verharrte die Wirtschaft aber weiterhin in der Krise.

Die Tage Jelzins sind gezählt

Dank großzügiger finanzieller und medialer Hilfe durch die Oligarchen, wurde *Jelzin* als Präsident Russlands im Juli 1996 wiedergewählt. Er erhielt im 2. Wahlgang 53,8% der Stimmen, für seinen Kontrahenten *Gennady Sjaganow*, Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, votierten 40,3% der Wähler. In seiner Amtsführung ging es weiterhin bergab. Herzkrankheit und Alkoholsucht beeinträchtigt-

ten sein Arbeitsvermögen. Seine Amtsgeschäfte konnte er nur begrenzt wahrnehmen. Oft mussten von ihm getroffene Entscheidungen korrigiert werden. Innen- und außenpolitisch kam es zu peinlichen Vorkommnissen. Der politische Kurs wurde zunehmend von der »Jelzin-Family« bestimmt. Sie war eine Art Schattenkabinet. In der Regierungsmannschaft kam Unmut auf. Ordentliches Regieren war nicht mehr gewährleistet. Die dem »Schattenkabinet« angehörenden Oligarchen behinderten zum Beispiel die Regierung, Steuerhinterziehungen in Milliardenhöhe zu verfolgen und fällige Steuern einzutreiben.

Regierungschefs, die ihre Stimme gegen die Einflussnahme der »Jelzin-Family« erhoben, wurden vom Präsidenten, samt ihrer Kabinette, abgesetzt. Es ist wohl einmalig, dass innerhalb von 18 Monaten die Regierung fünfmal wechselte. Im März 1998 wurde der seit Herbst 1993 amtierende Ministerpräsident *Viktor Tschernomyrdin* von dem namenlosen *S.W. Kirienko* abgelöst. Nach 5 Monaten musste er mit seinem Kabinet zurücktreten. Nachfolger wurde *J.M. Primakow*, der vorher das Amt des Außenministers inne hatte. Im Mai 1999 musste er nach nur 9 Monaten Amtsführung als Ministerpräsident seinen Posten verlassen. Vom Mai bis August 1999 stand *S.M. Stepaschin* an der Spitze der Regierung. Sein Nachfolger wurde *Wladimir Putin*.

Nur Eingeweihte wussten, wer nach *Tschernomyrdin* das Land regierte. Die Bevölkerung blickte nicht durch. Ihr war es letztlich auch egal, wer Ministerpräsident war. Auch der Name *Putin* war unbekannt.

Putin war weder Millionär, noch Parteifunktionär oder mit Oligarchen liiert. In der Öffentlichkeit kannte ihn niemand. Als ehemaliger Leningrader – er absolvierte die juristische Fakultät der Leningrader Universität – arbeitete er seit August 1996 in Moskau in der Präsidialverwaltung, er war dort verantwortlich für Auslandsimmobilien. Später war er Chef des Rechnungshofes und Direktor des FSB (des Föderalen Sicherheitsdienstes). Er hatte Einblick in den inneren Mechanismus des Verwaltungsapparats des Präsidenten. Zu *Jelzin* hatte *Putin* ein loyales Verhältnis. Zu seinem Umkreis pflegte er normale Beziehungen. Seine Mitarbeiter schätzten ihn als standhaften, korrekten, klugen und aufrechten Kollegen.

Jelzin sah in *Putin* nicht nur den neuen Premierminister. Er spürte, dass seine Zeit als Präsident der Russischen Föderation abgelaufen war. Er benötigte einen Nachfolger, der ihm nach seinem Rücktritt Rechtssicherheit garantiert. In *Putin* sah er dafür den geeigneten Kandidaten.

Jelzin war überzeugt davon, im ehemaligen FSB-Chef keinen Brutus ins eigene Nest geholt zu haben.

Jelzin plagte das Gewissen. Ihm war bewusst, dass er Verfassung, Gesetz und Recht verletzt hatte. Er fürchtete nach seinem Abgang strafrechtliche Verfolgung für sich und seine Familie. *Jelzin* brauchte einen Freibrief. *Putin* hatte ihm diesen gegeben. Es fand ein Deal zwischen *Jelzin* und *Putin* statt: Amt des Präsidenten gegen staatlich sanktionierten Freispruch. Einer seiner ersten Erlasse, den *Putin* als Präsident herausgab lautete: »Über die Garantien für den Präsidenten der Russischen Föderation und seine Familienmitglieder nach Beendigung der Ausübung seiner Amtsbefugnisse.« *Jelzin* konnte ohne Furcht in den Ruhestand treten.

In seiner Neujahrsbotschaft teilte *Jelzin* am 31.12.1999 den Bürgern der Russischen Föderation mit: »Heute, am letzten Tag des vergehenden Jahrhunderts, trete ich in den Ruhestand ... Ich gehe früher als in der festgelegten Frist ... Russland muss mit neuen, verständigen, kraftvollen, energischen Leuten in das neue Jahrhundert gehen ... Verfassungsgemäß habe ich bei meinem Abgang in den Ruhestand einen Erlass über die Beauftragung unseres Ministerpräsidenten *Wladimir Wladimirowitsch Putin* mit den Pflichten des Präsidenten Russlands unterschrieben.«

Putin war zunächst Interimspräsident. Am 26. März 2000 fanden die Präsidentenwahlen statt. Bereits im 1. Wahlgang erhielt *Putin* 52,9% der Stimmen. Er war nun das gewählte Staatsoberhaupt der Russischen Föderation. Für Russland begann ein neues Kapitel in seiner Geschichte. Es galt, die Trümmer der Hinterlassenschaft *Jelzins* wegzuräumen und Ordnung im Staat, in der Verwaltung und in der Wirtschaft Russlands zu schaffen.

Wer war Jelzin?

Jelzin gab anfangs in der Öffentlichkeit eine gute Figur ab. Groß, breitschultrig, das Haar silberglänzend, stets gut gescheitelt und glatt nach hinten gekämmt. Die Stimme honorig tief. Eine sportliche Natur. In seiner Jugend trieb er viel Sport. Er spielte Volleyball, nahm an Unionsmeisterschaften teil und schmückte sich mit dem in der Sowjetunion begehrten Titel »Meister des Sport«.

Boris Nikolajewitsch Jelzin stieg vom einfachen Bauernkind zum ersten freigewählten Präsidenten Russlands auf.

Am 1. Februar 1931 wurde er im Dorf Butka, Kreis Taliza Gebiet Swerdlowsk (heute Jekaterinenburg), geboren. Großvater und Vater waren Bauern. Während der Kollektivierung waren sie Repressionen ausgesetzt. Dem Vater blieb ein »Erziehungslager« nicht erspart. Die Mutter von *Boris Jelzin* war Schneiderin. Aus wirtschaftlichen Gründen zog die Familie 1935 in das Gebiet Perm; der Vater arbeitete dort als Bauarbeiter.

Nach erfolgreichem Abschluss des Gymnasiums begann *Jelzin* ein Studium am Polytechnischen Ural-Kirow-Institut in Swerdlowsk. In der Fachrichtung Bauwesen erwarb er 1955 das Diplom als Bauingenieur. Im Jahr 1956 heiratete er die Bauingenieurin *Anastasja Josifowna Girina*. Aus der Ehe gehen zwei Töchter hervor.

Das Berufsleben *Jelzins* ist zweigeteilt. Über 13 Jahre war er im Bauwesen tätig. Danach begann seine politische Karriere.

Bevor er im Bauwesen leitende Funktionen ausübte, machte er sich mit vielen handwerklichen Bauberufen vertraut. Er arbeitete als Steinmetz, Betonarbeiter, Maurer, Zimmermann, Tischler, Maler und war Gehilfe in anderen Gewerken.

Nach der Aneignung praktischer Kenntnisse und Erfahrungen übernahm er in einem Bautrust die Funktion als Chefingenieur. Später war er als Direktor für dieses Bauunternehmen verantwortlich. In Swerdlowsk übernahm er 1963 die Leitung des Wohnungsbaukombinats.

Im Jahr 1961 trat *Jelzin* in die Kommunistische Partei der Sowjetunion ein. Dank seiner fachlichen Kompetenz, seiner Geradlinigkeit und seines kritischen Blicks auf vorhandene Mängel, wurden die Parteiorgane des Gebiets Swerdlowsk auf *Jelzin* aufmerksam. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre beginnt seine Parteikarriere. Er wird 1968 Leiter der Abteilung Bauwesen im Gebietskomitee der KPdSU in Swerdlowsk. Sieben Jahre später wird er zum Sekretär und 1978 zum Ersten Sekretär des Swerdlowsker Gebietskomitees gewählt.

Jelzin macht sich bald einen Namen über das Gebiet Swerdlowsk hinaus. In vielen Positionen nahm das von ihm geleitete Gebiet einen vorderen Platz in der Sowjetunion ein. Es gab hohe Wachstumsraten im Industrie- und Wohnungsbau, die uraler Industrie wurde rekonstruiert und modernisiert; es entstand eine moderne Infrastruktur und selbst die Landwirtschaft, für die es im mittleren Ural schwierige Bedingungen gibt, nahm einen Aufschwung. Auf Initiative *Jelzins* wurde in Swerdlowsk als eine der wenigen Städte eine Metro gebaut.

In Parteikreisen war vom »Jelzinsschen Arbeitsstil« die Rede.

Seine Popularität führte dazu, dass er 1978 als Deputierter in den Obersten Sowjet der UdSSR und 1981 als Mitglied in das Zentralkomitee der KPdSU gewählt wurde. Seit 1984 gehörte er dem Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR an. Seine Laufbahn ging steil nach oben.

Auf das Konto *Jelzins* als Parteichef des Swerdlowsker Gebiets gehört aber auch, dass er auf Anordnung des Politbüros der KPdSU den Befehl gab, das Ipatjew-Haus dem Erdboden gleich zu machen. In diesem Haus wurde in der Nacht vom 16. auf den 17. Juli 1918 der letzte russische Zar, Nikolaus der Zweite, mit seiner Familie umgebracht. Das Haus wurde nachtsüber am 27. Juli 1977 abgerissen. Für viele Russen war es noch immer eine Pilgerstätte.

Offenbar belastete dieser Befehl das Gewissen von *Jelzin*. Um seine Sünde zu sühnen, unterstützte er als Präsident Russlands großzügig die Umbettung der Gebeine der letzten Zarenfamilie nach St. Petersburg und den Wiederaufbau der Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau. Die Kathedrale wurde im Dezember 1931 auf Geheiß Stalins gesprengt. Der Wiederaufbau kostete dem russischen Volk riesige Mittel an Volksvermögen. Der Wiederaufbau erfolgte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, in einer Zeit, in der das russische Volk eine schwere Krise durchlebte.²¹

Mit dem Wechsel in die Machtzentrale der KPdSU nach Moskau im Frühjahr 1985 beginnt für *Jelzin* ein neuer Lebensabschnitt. Der in ihm vorhandene Keim, Macht zu haben und sie zu erweitern, findet in Moskau fruchtbaren Boden.

Der neue Generalsekretär *Gorbatschow* benötigte für seine Reformpolitik neue Kader. Auf Vorschlag des 2. Mannes im Politbüro, *Jegor Ligatschow*, holte *Gorbatschow* den Swerdlowsker Parteichef nach Moskau. *Ligatschow* lernte *Jelzin* kennen, als er 1. Sekretär des Parteikomitees der Stadt Tomsk war.

21 Die Christ-Erlöser-Kathedrale war die größte und bedeutendste orthodoxe Kirche in Russland. Sie wurde zu Ehren der Helden des Krieges gegen die Armee Napoleons in der Zeit von 1837 bis 1881 erbaut. Sie war ein Meisterwerk der russischen Architektur. 1931 wurde sie gesprengt. Danach war geplant, auf dem Gelände einen Palast des Obersten Sowjets zu errichten. Als Symbol der Stärke der Sowjetmacht sollte er das höchste Gebäude der Welt werden. Es war ein Kongressaal mit 10.000 Sitzplätzen vorgesehen. Der Palast ist niemals gebaut worden. Um den freien Platz zu nutzen, ist ein Freibad entstanden, das ganzjährig in Betrieb war.

Unter der Präsidentschaft Jelzins wurde im Juli 1992 beschlossen, die Christ-Erlöser-Kathedrale auf ihrem alten Platz wieder aufzubauen. Der Wiederaufbau dauerte 4 1/2 Jahre. Am 19. August 2000 wurde die Kathedrale feierlich geweiht.

Gorbatschow hatte nicht geahnt, welches Schicksal für ihn mit diesem Wechsel verbunden war. Er hätte nie im Traum daran gedacht, dass sechs Jahre später *Jelzin* ihm den Boden unter den Füßen wegzieht, ihn zwingt, von allen hohen Ämtern in Partei und Staat zurückzutreten.

Als Baufachmann erhielt *Jelzin* zunächst die Leitung für die Bauabteilung im Zentralkomitee. Im Juni 1985 wurde er zum ZK-Sekretär ernannt.

In der Hauptstadt Moskau herrschten im Parteiapparat Zustände, die einen Aufschub nicht duldeten. Korruption, Schlamperei, Bürokratie, Vetternwirtschaft u. a. waren an der Tagesordnung.

Gorbatschow sah in *Jelzin* den geeigneten Mann, der in der Lage war, die Missstände zu beseitigen und ein normales Parteileben wieder in Gang zu bringen.

Im Dezember 1985 wurde *Jelzin* Parteichef von Moskau. Er begann, den Sumpf im Parteiapparat trocken zu legen. Parteikader wurden ausgewechselt, Schlampereien öffentlich gebrandmarkt. Der Arbeitsstil Jelzins fand bei vielen Parteimitgliedern Zustimmung. Seine Popularität nahm zu, nicht nur in der Hauptstadt, sondern landesweit.

Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU, der im Januar 1986 stattfand, steigt *Jelzin* in das höchste Führungsorgan auf; er wird Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU. In dieser Funktion hat er zwar kein Stimmrecht, er hat aber das Recht, an den Debatten teilzunehmen. Von diesem Recht nimmt er reichlich Gebrauch. Er nimmt kein Blatt vor den Mund. Er kritisiert die Arbeitsweise des Politbüros, wendet sich gegen Schönfärberei bei der Umsetzung der Reformen, fordert radikalere Reformen sowie ein kritisches Verhältnis der Führungsspitze zur eigenen Arbeit. Auch vor dem Generalsekretär dürfe die Kritik nicht Halt machen.

Gorbatschow gefiel diese Tonlage nicht. Zwischen ihm und *Jelzin* traten ernste Meinungsunterschiede auf. *Gorbatschow* sah in *Jelzins* Auftreten Angriffe auf die eigene Person. Der Parteichef Moskaus warnt vor Personenkult um *Gorbatschow*.

Sein oppositionelles Verhalten im Politbüro und seine Praktiken in der Führung der Moskauer Parteiorganisation gaben Anlass, *Jelzin* von der Funktion des Ersten Stadtparteisekretärs zu entbinden. Aus dem Politbüro schied er im Februar 1988 aus. Der Sprung zum Vollmitglied war ihm nicht gelungen. Seine Parteikarriere war faktisch beendet. *Jelzin* wurde auf den Posten des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des

Baukomitees der UdSSR abgeschoben. Er glitt ab auf die Funktion eines Stellvertreters des Ministers.

Jelzin hatte den ersten Kampf gegen die Führungsspitze verloren. Doch seine Ambitionen, Macht zu haben und auszuüben, waren weiter lebendig. Er baute sich eine neue Karriere auf. Diesmal war sie von Erfolg gekrönt. Der parlamentarische Weg und die Opposition zur Reformpolitik Gorbatschows führten ihn zu der von ihm begehrten Macht.

Erstmals wurden im März 1989 in der gesamten Sowjetunion die Abgeordneten für den Kongress des Obersten Sowjets frei und geheim gewählt. Die Wahlen waren eine Niederlage für die KPdSU. Viele Kandidaten, vor allem in den Großstädten, fielen bei den Wahlen durch. In Leningrad, zum Beispiel, wurde keiner der von der KPdSU aufgestellten Kandidaten aus den Organen der Partei, der Verwaltung und der Armee gewählt.

In Moskau stellt sich *Jelzin* der Wahl. In seinem Wahlkreis wurde er mit 89 Prozent der Stimmen in den Kongress der Volksdeputierten der UdSSR gewählt. Es beginnt sein parlamentarischer Aufstieg. Im Mai 1990 wird er vom 1. Kongress der Volksdeputierten der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RSFSR gewählt. Um sich vom Moskauer Machtzentrum der Sowjetunion loszulösen, lässt er im Juni 1990 vom Kongress der Abgeordneten der RSFSR über eine Deklaration abstimmen, in der die Souveränität Russlands erklärt wird. Die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten, 907 zu 15 Stimmen bei 9 Enthaltungen, stimmte für diese Erklärung. *Jelzins* Hände waren nunmehr freier.

Jelzin verabschiedete sich endgültig von der KPdSU. Im Juli 1990 verließ er den letzten, den XXVIII. Parteitag der KPdSU und trat aus der Partei aus.

Parteionabhängig wird *Jelzin* im Juni 1991 zum Präsidenten der Sowjetrepublik Russland gewählt. 57 Prozent der Wähler stimmten für seine Wahl zum Staatsoberhaupt Russlands. *Jelzin* hatte sein Ziel erreicht. Der Griff zum höchsten Gipfel der Macht war ihm gelungen. Die größte Republik der Union, die Russische Föderation, das Herzstück der Sowjetunion, stand unter seiner Herrschaft. Er fühlte sich als russischer Zar. Seine Inthronisierung erfolgte nach einem Ritual, das der Zarenkrönung

gleichkam. Jelzin fand daran gefallen, wenn er »Zar Boris der Erste« genannt wurde.²²

Mit der Macht eines Präsidenten ausgestattet, löste er im Herbst 1991 in der Russischen Föderation die KPdSU auf, verbietet den Vertrieb der Zeitung »Prawda« und untersagt die Tätigkeit von Parteien und Massenorganisationen in staatlichen Ämtern und Institutionen.

Im November 1991 übernimmt er als Präsident ebenfalls das Amt des Regierungschefs Russlands. *Jegor Gaidar* wird zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt und beauftragt, die ökonomische Konzeption für die Einführung der Marktwirtschaft und die Privatisierung von Staatseigentum auszuarbeiten. Es beginnt der Wandel Russlands in eine kapitalistische Ordnung.

Schicksalsstunden für *Jelzin* waren die Ereignisse in Moskau, die sich um den 19. August 1991 abspielten. Reformgegner, Führungskräfte aus Partei und Staat, die die Politik *Gorbatschows* nicht mehr mittrugen, nutzten die Abwesenheit des Präsidenten der UdSSR – er befand sich in Urlaub auf der Krim – und inszenierten in der Hauptstadt einen Putsch. Es wurde ein provisorisches staatliches Komitee gebildet, das Regierungsgewalt übernahm und den Ausnahmezustand für das Land erklärte. Panzer fuhren in der Stadt Moskau auf. *Gorbatschow* wurde in seiner Ferienresidenz interniert. Der Präsident Russlands, *Jelzin*, sollte gefangen genommen werden. Die Gefangennahme misslang. Der Putsch scheiterte.

22 Gorbatschow berichtet darüber, wie ihm Jelzin gebeten hatte, seinen Segen für dessen Zarenherrschaft zu erteilen. »Jelzin stellt die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, die Zeremonie der Amtseinführung auf dem Roten Platz direkt über das Fernsehen zu übertragen. Warum? sagt ich zu ihm. Es wird sowieso vom Fernsehen übertragen ... Noch eine Frage stellte er. Sollten nicht aus 24 Geschützen Salutschüsse abgefeuert werden? Ich wollte ihm sagen: Die Krähen scheuchst du auf und die Menschen lächeln nur. Aber er ist teuflisch empfindlich. Er begann abzuraten, keinen Staub aufzuwirbeln. Die dritte Frage die Jelzin stellte: Worauf ist der Eid abzulegen: auf die Verfassung oder auf die Bibel?

Verstehe, Boris Nikolajewitsch, es ist seltsam, wenn auf die Bibel. Du bist doch, wie mir scheint, nicht streng gläubig.

Aber wie ist es denn in den USA widersprach er hartnäckig! Meine Antwort:

Dort gibt es aber eine andere Kultur, andere Traditionen. In Russland dagegen gibt es Millionen Muslime, warum dann nicht auch auf den Koran? Es gibt auch noch Juden – vielleicht auch auf die Thora? Das letzte Argument hat ihn entwaffnet.

Welche Ambitionen und welch kindischer Heißhunger zum Griff nach dem Zepter! Wie vereinbart sich das mit seinem politischen Gefühl? ich kann das nicht begreifen.«

Zitiert nach: Im Politbüro des ZK der KPDSU. S. 583 (russ.).

Die Mehrheit der Bevölkerung der Hauptstadt unterstützte *Jelzin*, der die Führung im Kampf gegen die Putschisten übernahm. *Jelzin* selbst half mit, auf einem Panzer stehend, das Parlament zu verteidigen.

Mit einem Appell wendet er sich an die Bevölkerung Russlands, zivilen Ungehorsam zu leisten und zu streiken. Die Erlasse des provisorischen Komitees erklärte er für null und nichtig. *Gorbatschow* konnte nach Moskau zurückkehren. Innerhalb von 3 Tagen wurde der Putsch niedergeschlagen.

Jelzin ging als Sieger hervor. Seine Position war bestärkt worden. In des *Gorbatschow* ein gebrochener Mann war. In seinen eigenen Reihen wurde ihm die Gefolgschaft versagt.

Obzwar *Jelzin* seinen Gegner *Gorbatschow* vor seinem Sturz zunächst rettete, ging das Gefecht zwischen beiden Kontrahenten weiter. *Jelzin* holte zum letzten Schlag aus.

Am 8. Dezember 1991 fand auf Initiative *Jelzins* in einem Jagdschloss im Belovecer Forst (in der Nähe von Minsk) ein geheimes Treffen der Präsidenten Russlands und der Ukraine sowie des Parlamentspräsidenten Weißrusslands statt.

Um den Nationalitätenkonflikt der Union zu entschärfen und die Beziehungen zwischen Zentrale und Republiken dauerhaft zu regeln, sollte bei Erhaltung der Union auf der Ebene der höchsten Volksvertretungen ein *Unionsvertrag* beschlossen werden, der den einzelnen Republiken weitgehende Souveränität und Selbständigkeit einräumte.

Das Treffen der drei Präsidenten durchkreuzte dieses Vorhaben. Ohne Legitimation durch ihre Parlamente oder ihre Bevölkerung erklärten sie den Austritt aus der UdSSR. Sie bildeten eine »Gemeinschaft unabhängiger Staaten«. Faktisch hörte die Sowjetunion auf zu existieren.

Jelzins letzter Schlag gegen *Gorbatschow* war der finale Hieb. Ohne Putsch, durch Verschwörung, wurde *Gorbatschow* vom Thron gestoßen.

Sein ärgster Rivale war geschlagen. Die Herrschernatur *Jelzins* konnte sich nun voll entfalten. Vollmachten des Parlaments verhalfen ihm zu einer Macht, die nicht einmal die russischen Zaren besaßen. Es treten bei *Jelzin* Charaktereigenschaften zutage, die bisher bedeckt waren. Der Russlandkenner *Peter Scholl-Latour* stellt treffend fest: »Die Regentschaft *Jelzins* wird durch zwei Faktoren gekennzeichnet: Der Einfluss der "Familie" und die Macht der Oligarchen.«²⁵

25 Peter Scholl-Latour: Russland im Zangengriff. S. 176.

Die »Familie«, auch »Jelzin Family« genannt, war vor allem in der 2. Hälfte der 90er Jahre das Rückgrat der Herrschaft *Jelzins*. Während bis 1995 die neoliberalen Reformer und die Unternehmer (Rote Direktoren) die Hauptverbündeten *Jelzins* waren – der Präsident gab ihnen weitgehend freie Hand –, bestimmte danach vorwiegend die Familie die Politik *Jelzins*. Herzkrankheit und Alkoholsucht beschränkten das Arbeitsvermögen *Jelzins*, seine Amtsgeschäfte konnte er nicht mehr voll wahrnehmen. Die entstandene »Lücke« füllte die »Familie« aus.

Die »Jelzin Family« war eine Art Kamarilla, d.h. eine intrigierende Hofpartei, die sich aus Günstlingen von *Jelzin* und Oligarchen zusammensetzte. Ihr gehörten an:

- *Anatalji Tschubai* (Jelzins Wahlkampfmanager und Cheforganisator der Privatisierung),
- *Boris Beresowski* (Oligarch Nr. 1, Finanzier des Wahlkampfes für Jelzin im Jahr 1996),
- *Wladimir Gussinski* (Oligarch Nr. 2, stellte beispiellos seine Medien zur Wiederwahl Jelzins zur Verfügung),
- *Jegor Gaidar* (Ministerpräsident 1991-1992, Milliardär),
- *Pawel Borodin* (Vermögensverwalter der Präsidialverwaltung),
- *Roman Abramowitsch* (Oligarch),
- *Alexander Mamut* (Bankier, Finanzier der »Familie«,
- *Alexander Woroschin* (Leiter der Präsidialkanzlei).

Das Oberhaupt der »Familie«, die Protektorin (Gönnerin) war die Tochter Jelzins, *Tatiana Djatschenko*. Sie kam aus dem militärisch-industriellen Komplex und war Programmiererin für ballistische Raketen.

Diese »Jelzin Family« war ein durch und durch korrupter Clan. Macht, Posten, Staatsvermögen und Geld wurden untereinander zugeschoben. *Jelzin* begab sich unter das Joch der Oligarchen. Ihr Honorar dafür war Wahlhilfe und Bares auf die Hand. Im Laufe der Jahre hatte er im eigenen Land die Sympathie verloren. Die Menschen hatten erkannt, dass er sich und seine Familie skrupellos bereicherte, sich aber um das Wohl des Volkes nicht kümmerte.

Umso mehr wurde er im Ausland hofiert. Seine Stützen waren der Internationale Währungsfonds und die US-Administration. Sie sahen in *Jelzin* den Demokraten, den konsequenten Reformer, der dafür sorgt, dass die alten sowjetischen Verhältnisse mit Stumpf und Stil ausgerottet,

dass sie nie wieder ins Leben zurückkehren werden. Die Peinlichkeiten, die es bei seinen internationalen Auftritten unter Alkoholeinfluss gab – Verletzung der protokollarischen Verpflichtungen, die Ankündigung von nicht realisierbaren Initiativen –, wurden in Kauf genommen. Über seine Albereien – das Fuchteln mit dem Dirigentenstab vor einem Orchester – wurde einfach nur gelacht.

Für Russland ging mit der Abdankung von *Jelzin* als Präsident ein finsternes Kapitel seiner Geschichte zu Ende. Das während seiner zehnjährigen Amtszeit hinterlassene Erbe war erschütternd: Ein bankrotter Staat, eine zerrüttete Wirtschaft, verarmte Bevölkerung und superreiche Oligarchen. In der internationalen Politik war Russland auf einem hinteren Platz gelandet.

Mag *Jelzin* auch ein Fachmann für das Bauwesen gewesen sein. Ein Staatsmann war er nicht. Den Anforderungen der Zeit war er nicht gewachsen. Seine Interessen, die seiner Familie und seiner Günstlinge stellte er über die des Volkes. Machtbesessen und habsüchtig regierte er das Land.

Ein Experte der neuesten russischen Geschichte schätzt die Hinterlassenschaft von *Jelzin* wie folgt ein: »Das einzige Verdienst Jelzins in der Geschichte Russlands besteht aus meiner Sicht darin, dass er den Widerstand gegen die Putschisten vom August 1991 organisiert und *Gorbatschow* aus seinem Edelgefängnis auf der Krim befreit hat.«²⁴ Fürwahr. Ein »beachtliches« Ergebnis«.

Am 23. April 2007 ist *Jelzin* im Alter von 76 Jahren an Herzinsuffizienz in Moskau verstorben. Das Requiem für ihn wurde zwei Tage später in der Christ-Erlöser-Kathedrale gehalten. Die Beisetzung fand auf dem berühmtesten Friedhof Moskaus, dem Friedhof des Neujungfrauenklosters, statt. Nach 100 Jahren war es das erste Staatsbegräbnis, das nach russisch-orthodoxen Ritus erfolgt ist.

Neben den Einwohnern Moskaus erwiesen viele ausländische Staatsoberhäupter und Regierungschefs dem verstorbenen Expräsidenten Russlands die letzte Ehre. Angereist waren u. a.: *Bill Clinton*, Expräsident der USA, *John Major*, ehemaliger Regierungschef Großbritanniens, *Horst Köhler*, Präsident der Bundesrepublik Deutschland und die EU-Außenkommissarin *Benita Ferrero-Waldner*.

24 Viktor Timtschenko: Putin das neue Russland. Kreuzlingen / München 2005. S. 4.

Die kommunistische Fraktion im russischen Parlament hat am Tag der Beisetzung *Boris Jelzins* es abgelehnt, eine Gedenkminute einzulegen. Sie begründete es damit, dass man niemals einen Zerstörer des Vaterlandes verehren werde.

Über den Autor

Der Verfasser dieser Schrift wurde 1931 in Langenchursdorf – damals Kreis Glauchau/Sa. – geboren. Er stammt aus einer kinderreichen Arbeiterfamilie. Von 1938 bis 1946 besuchte er die Volksschule.

Von 1946 bis 1949 erlernte er im VEB-Spinnstoffwerk Glauchau den Beruf eines Maschinenschlossers. Nach der Lehre erfolgte ein zweijähriges Studium an der Arbeiter- und Bauernfakultät der Technischen Universität Dresden im mathematischen-naturwissenschaftlichen Kurs. Sein Ziel war, Maschinenbau zu studieren.

Nach Beginn des Studiums an der TH Dresden erfolgte seine Delegation an die Staatliche Lomonossow-Universität Moskau, an der er an der Ökonomischen Fakultät nach 5-jährigem Studium das Diplom erhielt mit Auszeichnung als Diplomwirtschaftler. Seine wissenschaftliche Laufbahn begann 1956 an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig. Sein Fachgebiet war die Politische Ökonomie. Im Frühjahr 1961 erwarb er mit der Note summa cum laude den Titel Dr.rer.oec. Die Habilitation erfolgte 1968. In der Forschung beschäftigte er sich vornehmlich mit der Marx'schen Wert-, Kosten- und Preistheorie. Auf diesem Gebiet hat er mehrere Arbeiten veröffentlicht, so u. a. zum Preistyp und wissenschaftlich-technischer Fortschritt, zur Planmäßigkeit und Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus, zur Warenproduktion im Sozialismus, sowie zum sozialistischen Industriebetrieb.

Horst Richter beschäftigte sich ebenfalls mit methodischen und methodologischen Fragen einer wissenschaftlichen Lehre der Politischen Ökonomie des Sozialismus. Hierzu sind von ihm eine Reihe von Arbeiten erschienen, so u. a. zu theoretischen und methodologischen Fragen der Politischen Ökonomie. Als Leiter eines Autorenkollektivs gab er das Lehrbuch »Politische Ökonomie des Kapitalismus/Sozialismus« heraus, das in 14 Auflagen erschien. Ebenfalls unter seiner Leitung erschien eine Lehrmethodik zur Politischen Ökonomie.

Im Jahre 1988 erhielt Horst Richter die Ehrendoktorwürde der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst. Er war Mitglied des Rates für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung bei der Akademie der Wissen-

schaften der DDR sowie weiterer wissenschaftlicher Räte. Zu seinem Wissenschaftsprofil zählt ebenfalls sein internationales Wirken. Er war Gastprofessor an den Universitäten in Hanoi und Havanna. Außerdem hielt er Vorlesungen und Vorträge an den Universitäten Moskau, Leningrad, Kiew und Sofia. Eine Reihe wirtschaftswissenschaftlicher Arbeiten wurde von ihm aus dem Russischen in die deutsche Sprache übersetzt.

Im Jahr 1969 erfolgte seine Berufung zum ordentlichen Professor für Politische Ökonomie.